

Sperrre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



Was von uns bleibt

Der ökologische Fußabdruck bestimmt nicht nur unsere Zukunft

„Fairer Konsum ist das Gebot der Stunde“

Geld sparen und Umwelt schonen: nachhaltig leben auch mit wenig Geld

„Der Markt hat diese Misere ja erst geschaffen“

Eine neu gegründete Initiative setzt sich für eine Änderung in der Wohnungspolitik ein

„Wir wissen alle, dass nicht nur die Sonne scheint“

Die Fahrradkurier*innen von Foodora kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen



Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

Montag

10:00–16:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben, Hilfe bei Anträgen und Formularen

16:00–18:00 Uhr

Computerkurs

Dienstag

10:00–14:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben, Hilfe bei Anträgen und Formularen

14:00–16:00 Uhr

Ideenschmiede

16:00–18:00 Uhr

Mehr Lebensqualität

Mittwoch

10:00–11:30 Uhr

Der Pflanzendoktor

11:30–12:00 Uhr

Teamschulung (intern)

12:00–13:00 Uhr

Teamsitzung (intern)

13:00–16:00 Uhr

Offener Treff

16:00–18:00 Uhr

Mehr Lebensqualität

ab 17:30 Uhr

MALTA-Chor

Donnerstag

10:00–12:00 Uhr

♀ Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben, Hilfe bei Anträgen und Formularen ♀ (nur für Frauen)

12:00–16:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben, Hilfe bei Anträgen und Formularen

16:00–18:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Hilfe bei Anträgen und Formularen **keine Bewerbungen schreiben**

Freitag

10:00–16:00 Uhr

Offener Treff & Offene Freizeitgestaltung

16:00–18:00 Uhr

Neues Kursangebot in Vorbereitung

18:00–20:00 Uhr

Musik-AG

Das MALTA-Team steht mit Rat und Tat zur Seite. Alle Angebote sind kostenlos!

MALTA – Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

Achtermannstraße 10–12
Hof vom CUBA
malta@maltanetz.de

48143 Münster
☎ 0251 4140553
www.maltanetz.de



Foto: privat

Wer am Turnschuh verdient

Das ist wirklich die Frage. Wer verdient daran? Das Beispiel Turnschuh verdeutlicht sehr gut, was im globalen Kapitalismus alles schief läuft. Diese und viele weitere Fragen beantwortet unser Schwerpunkt dieser Ausgabe: „Nachhaltigkeit und Armut“. Darin melden sich zu Wort: Fridays for Future mit einem Gastbeitrag, unsere ehemalige Autorin Maike Grabowski von Vamos, und Erik Dahmen schreibt darüber, ob es denn als von Armut betroffener Mensch klappen kann, nachhaltig zu leben? Wir haben aber natürlich noch weitere Themen. Da seien noch genannt: Die Wohnungsnot in Münster, die Probleme mit der prekären Arbeit und und und... Aber schaut selber!

Nun, dies ist seit März 2001 – also seit fast 20 Jahren – das erste Editorial, das ich schreibe. Damals war ich Student mit vielen, vielen Semestern auf dem Buckel. Der AStA hatte keinen politischen Referenten*in, der*die auch das Layout übernahm. Also wurde ich als freier Layouter angestellt. Es bürgerte sich ein, dass der AStA „vergaß“, ein Editorial zu schreiben. So kam es, dass ich fast ein Jahr lang nicht nur die AStA-Zeitung, die „Links vorm Schloss“, gestaltet habe. Nein, ich wurde „Edi-Schreiberling“ für den damaligen AStA.

Nun, Medien haben mich schon lange begleitet. Ich war nicht nur der Layout-Knecht des AStA, davor war ich auch im AStA politisch aktiv – „Referent für das politische Mandat“ und davor „Referent für Internationalismus und Frieden“. So bin ich zum Schreiben gekommen. Deshalb bin ich auch ‘mal als Redakteur beim „Semesterspiegel“

und der „draußen!“ gelandet. Gestaltet habe ich die beiden Zeitungen auch einmal.

So wurde nach dem langen, langen Studium „Etwas mit Medien“ zu meinem Beruf. Nach einem Volontariat in der Wirtschaftsredaktion des Unternehmens LexisNexis in Nienberge bin ich dort den Medien zehn Jahre lang treu geblieben. Aber nach dem Volontariat habe ich technisch mit Daten gearbeitet. Da saß ich zwischen den Redaktionen und den Mediengestalter*innen und habe die Daten für juristische Kommentare und Fachbücher standardisieren und vorformatieren lassen. Dabei habe ich den ganzen Prozess auch noch automatisiert. Gut: Als Wolters Kluwer schließlich das juristische Verlagsgeschäft von LexisNexis übernahm, nahm ich bald meinen Abschied. Nach einem gescheiterten Versuch der Selbstständigkeit und zweijähriger Krankheit bin ich nun hier – bei der SPERRE! Als Autor. Für Online und Print. Dank dem Jobcenter – dort haben sie mir eine Integrationsmaßnahme kredenzt. Schließlich muss man nach zweijähriger Abstinenz wieder das Arbeiten „lernen“. Danke Dir also, liebes Jobcenter!

So jetzt aber genug von mir. Schließlich sollt*en Ihr*Sie ja die anderen Artikel lesen. Obwohl, eine Frage steht noch im Raum: Hat der Jan jemals Turnschuhe getragen?

Euer/Ihr
Jan Große Nobis



Bild: pixabay.com

PS. Schaut auch ‘mal auf unsere Webseite: Dort gibt es jetzt Neues für all das, was zwischen unseren Print-Ausgaben passiert. Also, klickt doch diese Seite an: www.sperre-online.de. Wir sehen uns dort zwischen den Print-Ausgaben!

www.stadtwerke-muenster.de

Energiesparen ist doch ganz einfach!

- ✓ Kostenlose Tarif- und Energiesparberatung
- ✓ Energiespar-Produkte
- ✓ Expertensprechstunden

Dies alles und vieles mehr bieten wir Ihnen im CityShop, Salzstr. 21, im Kundencenter am Hafenplatz 1 oder unter der Kunden-Hotline 02 51.6 94-12 34.

Wir beraten Sie gern.



Einfach. Näher. Drauf.



Stadtwerke Münster



Münsters Arbeitslosentreff
Achtermannstraße 10-12 | 48143 Münster
Tel 0251 4140553

Das MALTA ist ein offener Treff für Arbeitslose.
Es ist eine ergänzende Anlaufstelle für Fragen rund
um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit.

12 Junge Klimaschutz-Bewegung „Fridays for Future“ in Münster erfolgreich

Vor gerade einmal einem halben Jahr gründete zunächst eine Handvoll Schüler*innen die Initiative „Fridays for Future Münster“ und damit einen lokalen Ableger der inzwischen weltweiten Bewegung von Greta Thunberg aus Schweden für mehr und entschiedenen Klimaschutz. Beteiligten sich im Januar bei der Premiere schon unerwartete tausend Schüler*innen an der Freitagsdemonstration in der City, stieg die Zahl der Teilnehmer*innen bis Ende Mai auf über 6000.



24 Unterschiedliche Absicherung von Arbeitslosen in der EU

Wie gut ein*e Arbeitnehmer*in in der EU abgesichert ist, wenn er*sie seine*ihre Arbeitsstelle verliert, hängt davon ab, in welchem Land er*sie lebt. Im Vergleich von drei Mitgliedsländern mit Deutschland zeigen sich bereits klare Unterschiede. Verkürzt lautet das Ergebnis: Während Arbeitslose in Süd- und Osteuropa schlechter gestellt sind, zeigt das skandinavische Beispiel, dass es auch besser geht als in Deutschland.

27 Altersversorgung: Wenn es sie überhaupt gab, war sie deutlich schlechter

Vielen Menschen in Deutschland ist nicht bewusst, dass es eine gesetzlich geregelte allgemeine Rentenversicherung erst seit 130 Jahren gibt. Die in ihren Anfängen ausgezahlten Renten waren allerdings noch wesentlich geringer als heute. In den Jahrhunderten davor gab es überhaupt keine reguläre Absicherung im Alter für weite Teile der Bevölkerung. Es lohnt sich, daran zu erinnern.



INTRO

3 Editorial

TITEL – NACHHALTIG LEBEN

- 6 Nachhaltiger und fairer Konsum – nur was für Reiche?
Menschen mit wenig Geld belasten die Umwelt von vorneherein weniger
- 10 Viel Grün für wenig Geld
Umweltschonendes Einkaufen und ein schmaler Geldbeutel schließen sich nicht aus
- 12 „One struggle, one fight – Fridays for Future-Klimastreik“
Die Demos der Schüler*innen und Studierenden für den Klimaschutz beeindruckten auch in Münster

WAS ZUM LEBEN GEHÖRT

- 14 Die Häuser denen, die darin wohnen
Das Wohnmodell „Mietshäuser-Syndikat“ als Gegenbewegung zur gängigen Immobilienspekulation
- 16 Armutsrisiko Wohnen
In Münster fehlen 33.000 bezahlbare Wohnungen
- 16 „Es fehlt vor allem günstiger Wohnraum!“
Neue Bürgerinitiative kämpft für preiswerte Wohnungen und gegen Profitstreben

ARBEIT & SOZIALES

- 18 Mythos Vollbeschäftigung
Von Arbeitslosigkeit redet kaum noch jemand
- 20 Eine App mit Betriebsrat
Die fahrenden Plastikwürfel kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen
- 22 Dienstleister am Rande der Legalität
Die Verhinderung von Betriebsräten und Gewerkschaftsarbeit wird zum lohnenden Geschäft

ÜBER DEN TELLERRAND

- 24 Der EU-Vergleich:
mal mehr, mal weniger für Arbeitslose
Die Höhe der Leistungen ist in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich

FRÜHER WAR ALLES...

- 27 Altenteil, Leibrente, Gnadenpension
Der heutigen Rentenversicherung gingen etliche historische Formen der Altersversorgung voraus

KULTUR

- 36 Termine in Münster
Stadtkultur im Sommer und Herbst

TITELTHEMA:

Nachhaltig leben



RUBRIKEN

- 30 NICHT SPERRIG (MELDUNGEN & TIPPS)
- 33 ALLES WAS RECHT IST
- 38 IMPRESSUM



Nachhaltiger und fairer Konsum

nur was für Reiche?

Menschen mit wenig Geld belasten die Umwelt von vorneherein weniger

Ein Gastbeitrag von Maike Grabowski

Unsere Smartphones enthalten Coltan gewonnenes Tantal und Nickel aus Ländern, in denen Bürgerkriege um den Abbau dieser natürlichen Ressourcen geführt werden. Unser Strom wird oft noch mit Braunkohle oder Atomkraft produziert. Viele der Lebensmittel, die wir essen, sind nur so billig, weil die EU Massentierhaltung subventioniert oder unsere Konsumgüter auf dem außereuropäischen Markt erwirbt, wo die Produktion der Lebensmittel mit Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen einhergehen.

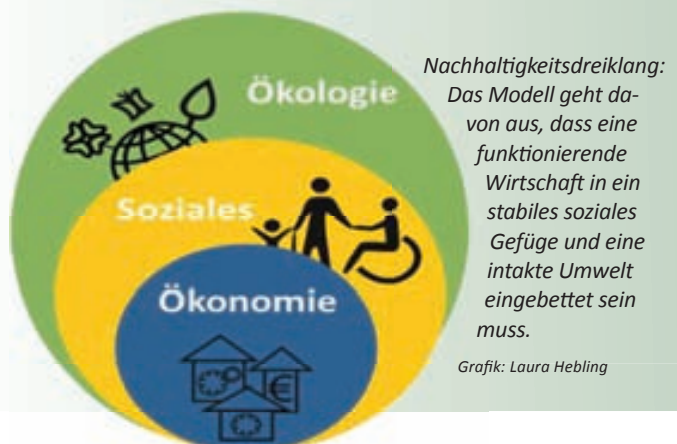
Es gibt also kaum einen Bereich in unserem Leben, der keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen in anderen Ländern hat. Fairer Konsum ist daher das Gebot der Stunde.

Aber ökologischer Konsum und naturverträgliche Lebensweise – das können sich Menschen mit wenig Geld doch gar nicht leisten, heißt es oft. Wer fair gehandelte Sachen kaufen möchte, muss meistens etwas mehr bezahlen und im Bioladen kostet alles viel mehr. Aber stimmt das eigentlich?

Was ist überhaupt Nachhaltigkeit?

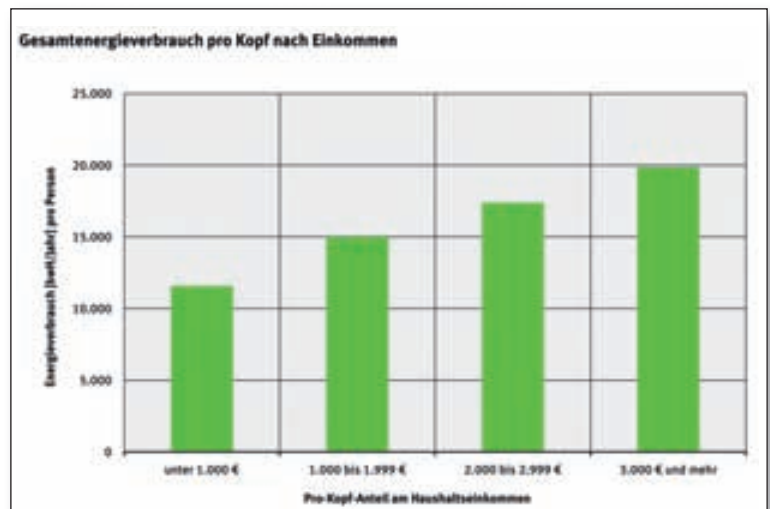
Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet das Prinzip, in einem Wald nur so viel abzuholzen wie auch in absehbarer Zeit auf natürliche Weise nachwachsen kann. Dieses Grundprinzip von Nachhaltigkeit ist seit den 1990er-Jahren offizielles Leitbild politischer und ökologischer Nachhaltigkeitsüberlegungen.

Seit dem Jahr 2016 gibt es sogar 17 Weltnachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals oder kurz SDG), die die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2030 umgesetzt haben wollen. Der Kern der Weltnachhaltigkeitsziele ist es, ein global verantwortliches nachhaltiges Handeln in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen zu erwirken, um eine ökonomische, soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.



Geld ist klimaschädlich

Erst einmal: Je mehr Geld ein Mensch zur Verfügung hat, desto mehr lebt er bzw. sie auf Kosten der Umwelt.¹ Denn egal, ob die Gehaltserhöhung in einen Haus- oder Autokauf, eine Flugreise oder ein neues Handy investiert wird: Jede Umwandlung von Geld in Dinge oder Dienstleistungen wirkt sich klima- und umweltschädlich aus. Das gilt auch für all diejenigen, die zwar nur



Grafik: Umweltbundesamt, Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen), S.13

im Bioladen einkaufen, aber doch mindestens einmal im Jahr nach Thailand fliegen müssen, eine große Wohnung zum Wohlfühlen brauchen und die sich immer wieder neue Klamotten kaufen wollen, selbst wenn die dann fair gehandelt sind.

Leute mit kleinem Geldbeutel konsumieren (wenn auch vielleicht zwangsläufig und nicht immer aus Überzeugung) weniger und sind somit per se nachhaltiger in ihrer Lebensweise. Das gilt auch, wenn ihre Produkte wenig energiesparend hergestellt wurden. Denn wer sich nicht ständig etwas Neues kaufen kann, der muss eben Dinge länger benutzen und sie erst einmal reparieren, bis sie wirklich nicht mehr zu gebrauchen sind. →

Kann Konsum überhaupt nachhaltig sein?

„Nachhaltiger Konsum“ oder „Grünes Wachstum“ – so lautet die Lösung derer, die alles dem Markt überlassen wollen. Wenn alle Verbraucher*innen nur noch nachhaltige oder fair gehandelte Produkte nachfragen, werde die Wirtschaft sich von alleine umstellen, nach dem Motto: Der Markt wird sich schon selbst regulieren.

Die Probleme bei diesem Vorschlag: Die Verantwortung für eine Veränderung des Systems wird alleine den Verbraucher*innen zugeschoben. Darüber hinaus wird die Logik einer auf unbegrenztem Wachstum ausgerichteten Konsumgesellschaft nicht in Frage gestellt, obwohl schon lange klar ist, dass die Ressourcen der Erde begrenzt und endlich sind. Und: Um sich in dem unübersichtlichen Siegel-Dschungel von (vermeintlich) nachhaltigen Produkten zurechtzufinden, braucht es meist Zeit und Orientierungshilfen.

Nachhaltige Produkte boomen zwar – doch die Probleme der Konsumgesellschaft lassen sich auch mit noch so „grünem“ Konsum nicht lösen. Denn in Deutschland wird immer mehr konsumiert. Der deutsche Erdüberlastungstag fiel dieses Jahr auf den 3. Mai, seit diesem Tag leben wir auf Kosten anderer Länder, da wir die uns zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen bereits verbraucht haben. Zu den Gründen für unseren hohen Ressourcenverbrauch zählen an vorderster Stelle der steigende CO₂-Ausstoß, die Massentierhaltung sowie ein viel zu hoher Energiekonsum.²

Es macht keinen Sinn, Bioprodukte zu kaufen, wenn man davon immer und immer mehr konsumiert. Dann ist nämlich der Einspareffekt futsch. So ist etwa der Treibhausausstoß in Deutschland in den vorigen 20 Jahren gestiegen und unser ökologischer Fußabdruck hat sich vergrößert, auch wenn alles umweltverträglicher produziert wird als noch vor 20 Jahren. Und das ganz einfach, weil immer mehr produziert und gekauft wird.

Engagement für mehr Nachhaltigkeit in Münster

Nichts schont die Ressourcen mehr als das zu gebrauchen, was schon da ist und Mehrproduktion zu vermeiden. Dafür gibt es auch in Münster viele Möglichkeiten. (Ich gehe hier lediglich auf die Bereiche Nahrung und Kleidung ein, eine ausführliche Übersicht findet sich in der Broschüre „Nachhaltig durch Münster“, die vom AstA herausgegeben wurde.³



Die Pyramide des nachhaltigen Konsums

Quelle: <https://www.smarticular.net/nachhaltig-leben-und-konsumieren-einkaufen-pyramide-tipps-fuer-den-alltag/>

Münster - die nachhaltige Stadt(?)

Münster wurde kürzlich zur „nachhaltigsten Großstadt“ Deutschlands gekürt. Grund dafür ist unter anderem, dass Münster Ende 2018 eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet hat, die sicherstellen soll, dass die Stadt in all ihrem Tun globale Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. So will die Stadt unter anderem bis zum Jahr 2030 ihre Beschaffung nach nachhaltigen Kriterien ausrichten: Das heißt, dass beispielsweise die Arbeitskleidung der Abfallwirtschaftsbetriebe zu 100 Prozent als fair gehandelte, ökologisch produzierte Waren beschafft werden soll. Zudem soll der Lebensmittelbedarf ebenfalls zu 100 Prozent aus umweltschonend saisonal produzierten Lebensmitteln der Region gedeckt werden.⁴

Unlängst, genau am 22. Mai, hat der Rat der Stadt für Münster sogar den Klimanotstand ausgerufen, als erste größere Stadt in Nordrhein-Westfalen. Dass die Stadt sich solche Ziele setzt und diese hoffentlich auch konsequent umsetzen wird, ist nicht zuletzt dem Engagement verschiedenster Initiativen in Münster zu verdanken, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen für eine umweltgerechte, faire und nachhaltige Welt einsetzen. Sie engagieren sich vor allem in zwei Bereichen:

Bereich 1: Gegen die Lebensmittelverschwendung

313 Kilo Lebensmittel, die noch gut sind, werden pro Sekunde in Deutschland weggeworfen.⁵ Dabei wird nicht nur das Essen verschwendet, sondern viele Ressourcen, die bei der Herstellung verbraucht werden, seien es Wasser, Boden oder Arbeitskraft. Ein Beispiel: Mit jedem Kilo nicht verzehrten Brotes werden 1000 Liter verwendetes Wasser verschwendet. Acht Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entsteht durch diese Lebensmittelverschwendung.⁶ Dagegen vorzugehen haben sich beispielsweise die „Fairteilbar“, „Foodsharing Münster“ und die „To good to Go“-App auf die Fahnen geschrieben.

Foodsharing Münster

Teilen statt wegwerfen lautet hier das Motto. Überschüssige Lebensmittel aus Privathaushalten oder Supermärkten werden zur kostenfreien Abholung angeboten oder zu der Sammelstelle „Fair-Teiler“ in der Baracke am Aasee gebracht.

www.foodsharing.de oder in der Facebookgruppe Foodsharing Münster

Fairteilbar

Die Fairteilbar, die in Kürze an der Hammer Straße 60 ihr Tore öffnen wird, ist ein Bistro,

eine Projektküche und ein Laden in Einem. Dort werden Lebensmittel angeboten, die aus den unterschiedlichsten Gründen aussortiert wurden. Man kann dort diese Lebensmittel zu einem „Zahl-was-es-Dir-wert-ist“-Preis einkaufen oder direkt im Bistro genießen.

www.fairteilbar-muenster.de

To Good to Go

In dieser kostenfreien App können gastronomische Betriebe ihr überschüssiges Essen zu einem vergünstigten Preis anbieten, welches man sich dann dort abholen kann.

<https://toogoodtogo.de>

Bereich 2: Leute machen Kleider

Klamotten, die man bei Läden wie Primark und H&M bekommt, werden unter katastrophalen Arbeits- und Umweltbedingungen hergestellt. Beim wasserintensiven Baumwollanbau werden giftige Pestizide eingesetzt, Chemikalien zum Färben in die Flüsse abgeleitet und die Arbeiter*innen (meistens Frauen), müssen in langen Schichten für einen minimalen Lohn arbeiten, der nicht zum Leben reicht. Dass ein T-Shirt dann für 2,99 Euro bei uns im Laden zu kaufen ist, liegt daran, dass die großen Modefirmen dort produzieren lassen, wo es für sie am günstigsten ist.⁷



Acht Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entsteht durch Lebensmittelverschwendung

Foto: pixabay.com

Am besten ist es daher, gar keine neue Kleidung zu kaufen, sondern in den diversen Secondhand-Läden in Münster zu stöbern oder auf Kleidertauschpartys, in Kleiderkammern, auf Flohmärkten oder in Give-Boxen nach gut erhaltener Kleidung zu schauen.

Muss es doch mal ein neues Stück sein, dann bieten die fair und ökologischen Kleidungsgeschäfte „gruene wiese“, „Frau Többen“ oder die nachhaltigen lokalen Labels „KnowMe“ und „Fuxbau“ eine gute Auswahl.

Das Tolle an all diesen Optionen: Man spart Geld und schützt gleichzeitig die Umwelt!

System Change not Climate Change

Es gibt viele Bereiche, in denen jede*r Einzelne dazu beitragen kann, die Ressourcen zu schonen: Wir können uns jeden Tag neu entscheiden, welche Verkehrsmittel wir nutzen, was wir essen, welche Kleidung wir tragen und ob wir Dinge wirklich brauchen. Wir müssen uns nicht alles leisten können – was wir uns jedenfalls auf keinen Fall leisten können, ist, auf Kosten der Umwelt und anderer Menschen zu leben.

Aber: Allein über das persönliche Konsumverhalten werden sich die strukturellen Gründe für die weltweite Ressourcenverschwendung nicht beseitigen lassen. Hier ist vor allem die Politik gefragt. Die politischen Entscheidungsträger*innen in der EU, Bund und Land müssen verbindliche Rahmenbedingungen und eine Infrastruktur für ein ressourcenschonendes Wirtschaften schaffen. Dabei ist es dringend erforderlich, die Wirtschaft zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards zu verpflichten. Der Energiewende und dem Kohleausstieg muss höchste Priorität beigemessen, sowie klimafreundliche Mobilitätskonzepte entwickelt und umgesetzt werden.

Auch im Bereich Landwirtschaft ist ein Wandel hin zu ressourcenschonenden und pestizidfreien Anbaumethoden notwendig. Gleichzeitig muss Schluss sein mit einer industriellen Tierhal-

tung, für deren Futtermittel immense Flächen verbraucht werden und deren Abfallprodukte Gülle und Ammoniak Grundwasser und Klima belasten. Hier können wir Entscheidungsträger*innen in Wirtschaft und Politik Druck machen, damit sie endlich konsequent handeln! Denn wir haben nur eine Erde und die gilt es auch für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Noch mehr Informationen zu dem großen Thema gibt es im Netz unter www.vamos-muenster.de oder <https://www.facebook.com/VamosMuenster/>

Maike Grabowski, früher einmal selbst Mitglied der SPERRE-Redaktion, ist Geschäftsführerin und Eine-Welt-Promotorin bei Vamos e.V. Der entwicklungspolitische Verein in Münster setzt sich für weltweite Gerechtigkeit, einen ökologisch verantwortlichen Umgang mit der Erde sowie menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Vamos informiert durch entwicklungspolitische Wanderausstellungen und Bildungsmaterialien, führt konsumkritische Stadtrundgänge und Upcycling-Workshops durch und berät unter anderem zu Fragen der Nachhaltigkeit und des Fairen Handels.

Textanmerkungen:

- 1 Die Befragten in der untersten Einkommensgruppe haben im Mittel einen Gesamtenergieverbrauch von rund 10.000 kWh/a, bei den Befragten mit hohem Einkommen liegt er mit knapp 20.000 kWh/a fast doppelt so hoch (Quelle: ebd., S.12).
- 2 <https://germanwatch.org/de/overshoot>
- 3 herunterzuladen unter: https://www.asta.ms/images/Dokumente/Asta/Publicationen/Reader/Reader_nachhaltig_durch_Muenster.pdf
- 4 https://www.stadt-muenster.de/fileadmin/user_upload/stadt-muenster/67_umwelt/pdf/gnk_nachhaltigkeitsstrategie-muenster2030_entwurf.pdf. S.71
- 5 aus: Das Große Wegwerfen. WWF Studie, 2015
- 6 <https://toogoodtogo.de/de>
- 7 vgl. www.saubere-kleidung.de

„Kampagne für saubere Kleidung“

Die „Clean Clothes Campaign“ oder „Kampagne für saubere Kleidung“ setzt sich auf politischem Wege dafür ein, dass sich die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in den Produktionsländern unserer Kleidung verbessern. In Münster gibt es eine Regionalgruppe, die bunte Aktionen zu dem Thema plant und durchführt. Für Leute, die sich mit engagieren wollen, gibt es regelmäßig Einsteiger*innen-Treffen.

<https://saubere-kleidung.de>

Facebook: Clean Clothes Münster

Wer bekommt die 100,- Euro für meine Sportschuhe?



Nicht nur bei der Produktion von Schuhen machen die Löhne für die Näher*innen den geringsten Anteil aus

Grafik: Clean Clothes

Tierliebe, gesundheitliche Gründe, die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks: Es gibt viele Gründe, sich bewusster zu ernähren. Ein Problem jedoch steht vielen Menschen mit geringem Einkommen im Wege: „Bio“-Produkte haben meistens ihren Preis.



Foto: Agneta Becker

Viel Grün für wenig Geld



Umweltschonendes Einkaufen und ein schmaler Geldbeutel schließen sich nicht aus

Von Erik Dahmen

Hier ein paar Tipps, wie man trotz schmalem Geldbeutel sich selbst – und der Umwelt – zumindest ein paar Gefallen tun kann:

Saisonal einkaufen

Spargel im Frühjahr, Grünkohl im Winter, Äpfel im Spätsommer und Herbst. Wer sich informiert, kann zur richtigen Jahreszeit einige hervorragende Schnäppchen machen. Manche Klassiker, wie Champignons und Lauch, haben das ganze Jahr über Saison. Im Internet findet man schnell entsprechende Kalender für den saisonalen Einkauf. Lebensmittel, die außerhalb ihrer natürlichen Saison gekauft werden, werden entweder in Gewächshäusern angebaut, oder, in den meisten Fällen, importiert – und sind oft teurer. Deshalb:

Regional einkaufen

Die Erdbeere, welche erst per Containerschiff und Lkw bis in unsere Eisschalen transportiert werden musste, belastet nicht nur die Umwelt, sondern schmeckt meist auch fade und hat weniger Vitamine und sonstige Nährstoffe. Dennoch wird mittlerweile der Großteil des in Deutschland verkauften Obstes und Gemüses importiert. Regionale Produkte sind im Supermarkt häufig speziell gekennzeichnet. Außerdem werden sie häufig auf Wochenmärkten angeboten, am Freitagnachmittag findet sogar ein spezieller Biowochenmarkt auf dem Münsteraner Domplatz statt. Hierzu ein kleiner Tipp: Kurz vor Schließung des Marktes versuchen viele Händler noch, liegengebliebene Waren loszuwerden. Mit etwas Glück lässt sich so das ein oder andere Schnäppchen machen. Auch bieten einige Höfe in der Umgebung Hofverkäufe an – wer Wert auf „Bio“ legt, sollte jedoch aufpassen: Regional heißt nicht immer „aus biologischem Anbau“. Ebenso ist der Begriff



„Regional“, anders als „Bio“, in Deutschland nicht rechtlich geschützt, so dass bei manchen Firmen die „Region“ auch einmal ungewöhnlich groß ausfallen kann – im Zweifel auf das Kleingedruckte achten oder Recherche im Internet betreiben!

Weniger Fleisch konsumieren

Ein Ratschlag, mit dem man sich häufig unbeliebt macht – aber zu viel Fleischkonsum ist nicht nur für die Tiere, sondern auch für Mensch und Umwelt schädlich. Biofleisch ist teuer, und das hat seinen guten Grund: mehr Platz, besseres Futter,

weniger mechanisierte Landwirtschaft. Die Supermärkte können Fleisch vor allem deswegen so billig anbieten, da bei der „Produktion“ an allen Ecken und Enden gespart wird. Das bedeutet: wenig Platz, billige, mit Medikamenten angereicherte Viehhaltung, generell schreckliche Haltungsbedingungen für Rind, Schwein und Co. Man muss deswegen nicht gänzlich auf Fleisch verzichten, aber den Konsum einschränken, hilft schon. Und noch ein kleiner Tipp: Da die Fütterung in der Schweinemast wesentlich mehr Aufwand erfordert als in der Rinderhaltung, kostet Bio-Rindfleisch in der Regel nur etwa doppelt so viel wie Fleisch aus der Massentierhaltung, im Vergleich zum dreifachen Preis beim Schweinefleisch von Bio-Höfen.

Verpackungsmüll vermeiden

Hilft auch bei konventionell hergestellten Waren: Viele Gemüse- und Obstarten gibt es sowohl verpackt als auch unverpackt zu kaufen, zum Beispiel Tomaten, Champignons, Gurken, Weintrauben. Die Wahl sollte hierbei leicht fallen. Für den leichteren Transport kann man sich selbst eine kleine Kiste oder einen Stoffbeutel einstecken. Auch lohnt es sich, Getränke oder Produkte wie Joghurt und Quark im Glas anstatt im Plastikbecher zu kaufen. Und wenn sich dann doch einmal unnützer Plastikmüll angesammelt hat, so findet man im Internet unter dem

Suchbegriff „upcycling“ viele gute Tipps, um Müll auch im eigenen Haushalt wiederzuverwerten.

Was zu sagen bleibt: Wer nicht viel Geld hat, hat es wesentlich schwerer, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Und wenn es am Monatsende nicht mehr für den teuren Biokäse reicht, so sollte man sich vom schlechten Gewissen nicht zu sehr quälen lassen. Weniger gut Betuchte hinterlassen häufig ohnehin einen geringeren ökologischen Fußabdruck als andere – häufig besitzen sie kein Auto und müssen weniger heizen. Viele Witze wurden gemacht über Menschen, die mit dem SUV beim Bio-Bauernhof vorfahren – beschämen wir diese Menschen dadurch, indem wir uns auf dem Fahrrad an ihnen vorbeischlängeln!

Kenne deine Siegel!

Alle als solche in Europa vertriebenen Bio-Produkte müssen das EU-Bio-Logo tragen. Dies bedeutet, dass diese die Mindestanforderungen der EU-Richtlinien für ökologische Landwirtschaft erfüllen. Diese sind allerdings nicht allzu hoch angesiedelt.

Darüber hinaus gibt es mittlerweile eine große Anzahl verschiedener Gütesiegel aus den Bereichen Bio und Fair Trade, welche sowohl von verschiedenen Verbänden als auch von Konzernen eingeführt wurden. Das Problem hierbei: Viele Konzerne haben schnell gemerkt, dass sich mit einem schön klingenden Gütesiegel der Umsatz vergrößern lässt. Dementsprechend ist Vorsicht geboten – die unterschiedlichen Logos entsprechen unterschiedlichen Standards.

Die höchsten Standards bieten das Bioland-Logo und Siegel wie Demeter, Biokreis, Naturland, Ecoland, Gäa e.V. oder Ecovin. Vorsicht geboten ist hingegen bei Siegeln wie Stiftung Ökotest, QS, oder in erster Linie auf Gentechnik bezogenen Siegel wie Neuland oder „Ohne Gentechnik“. Ebenso gibt es das „Münsterland-Siegel“, welches regionale Produkte bewirbt, aber keine Kriterien für biologische Landwirtschaft aufweist. ■



NachDenkSeiten
Die kritische Website

www.nachdenkseiten.de

One struggle one fight -

Fridays for Future-Klimastreik

Die Freitagsdemos der Schüler*innen und Studierenden für den Klimaschutz beeindruckten seit einem halben Jahr auch Münster

Ein Gastbeitrag von Philipp Schröder von und für Friday fo Future Münster

Seit Ende Dezember 2018 streiken auch in Münster Schüler*innen, Studierende und engagierte Menschen für eine konsequente Klimapolitik und fordern die Regierung – sowohl kommunal als auch bundesweit – auf, alles zu tun, um die Pariser Klimaziele einzuhalten. Was mit einer Mahnwache vor dem Rathaus anfang, wurde zu etwas viel Größerem.

Ein kalter Tag Mitte Januar, Minusgrade, doch vor dem Rathaus wird es so voll, dass die Veranstalter*innen auf den Domplatz ausweichen müssen – eintausend Menschen sind gekommen, vor allem Schüler*innen, bunte Protestschilder werden hochgehalten, die gerufenen Sprüche hallen wider und bleiben als Atemwölkchen zurück: „Damit ich auch in Zukunft frier‘, wenn ich im Winter protestier“ – mein erster Kontakt mit „Fridays for Future“ hat mich sofort begeistert. Gut vier Monate später sitze ich mit den Mitorganisator*innen unserer Ortsgruppe in einem stickigen Konferenzraum, die letzten Vorbereitungen für die Großdemo am 24. Mai werden getroffen, alles steht im Zeichen der Europawahl, der „Klimawahl“, Mobilisierungsaktionen werden ausgefeilt, wir hoffen auf eine Beteiligung wie bereits am 15. März: 5000 Menschen waren wir in Münster, über 300.000 in ganz Deutschland, weit über eine Million auf der ganzen Welt [Am 24. Mai 2019 nahmen weit über 6000 Demonstrant*innen an der Kundgebung in Münster teil; Anm. der Red.].

Beschlüsse der Kohlekommission: „gefährlich altbacken und unverantwortlich“

Am 28. Dezember 2018 ist unsere Ortsgruppe mit 14 Demonstrant*innen gestartet, das entspricht einer Steigerung von etwa 35.714 Prozent. Doch so toll diese Zahlen klingen, so beeindruckend die Unterstützung in der Stadtgesellschaft wie weltweit für uns als Fridays for Future auch ist: Was für uns zählt, sind die Inhalte. Als ich das erste Mal an einer Demonstration teilnahm, tagte die Kohlekommission gerade in ihrer entscheidenden Sitzung – mit einem Ergebnis, dass für meine Generation eine Farce ist – gefährlich altbacken und unverantwortlich.

Wissenschaftlich abgesichert, wäre es ein fataler, irreversibler Schaden, sollte die globale Erderwärmung den Wert von 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter übersteigen. Unsere Forderungen sind daher keinesfalls träumerisches Wunschdenken verbogter Jungideolog*innen, sondern schlicht und ergreifend das Mindestmaß an Maßnahmen, was dringend nötig ist, um den Klimakollaps aufzuhalten: Noch in diesem Jahr ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger, die Abschaltung von einem Viertel der Kohlekraftwerke und eine CO₂-Steuer von 180 Euro pro Tonne, also dem umgerechneten Preis, den uns die Umweltbelastung durch CO₂ kostet. Bis 2030 soll der Kohleausstieg komplett vollzogen worden sein, 2035 wollen wir 100 Prozent erneuerbare Energien und die Nettonull an CO₂-Emissionen. Diese Forderungen sind mit Wissenschaftler*innen gemeinsam konzipiert worden und sind somit das eindeutige Ergebnis jahrzehntelanger Forschung auf dem Gebiet, die politisch auf allen Ebenen umgesetzt werden müssen.

Auch auf lokaler Ebene setzen wir uns als Ortsgruppe in Münster deshalb dafür ein, den Klimakollaps zu verhindern: am 22. Mai wurde im Rat unser Antrag, den sogenannten Klimanotstand auszurufen, behandelt und mit großer Mehrheit angenommen, nur FDP und AfD stimmten geschlossen dagegen. Dieser Antrag ist das Ergebnis Hunderter Stunden Arbeit, fast 2.000 Unterschriften haben wir gesammelt, und sind jetzt natürlich entsprechend froh und auch stolz, dass nach den monatelangen Streiks unsere Anstrengungen erste Früchte tragen. Umso wichtiger ist es jetzt für uns allerdings, weiterhin jeden Freitag auf die Straße zu gehen und unseren Teil dazu beizutragen, dass es beim Klimanotstand nicht bei Symbolpolitik bleibt, sondern den schönen Worten auch Taten folgen – denn die bisherigen Bemühungen, ob in Kommune, Land, Bund, in Europa oder weltweit, sind längst nicht genug.



das Klima ist
aussichtsloser
als mein Abitur



ohne Bäume
eine Traum



Die Häuser denen, die darin wohnen

Das Wohnmodell „Mietshäuser-Syndikat“ als Gegenbewegung zur gängigen Immobilienspekulation

Von Christoph Theligmann

Spätestens seit im Frühjahr das Volksbegehren gegen Mietwucher in Berlin initiiert wurde und Juso-Chef Kevin Kühnert mit seinen kapitalkritischen Äußerungen für heftige Unruhe sorgte, wird vermehrt über die richtige Wohnungspolitik gestritten. Deshalb an dieser Stelle die Vertiefung eines Themas, welches die SPERRE bereits in der letztjährigen Sommerausgabe („Lebensräume statt Kapitalanlagen“, Seite 16 ff.) bewegte.

Es klingt wie im Märchen! Du lebst in einer Wohnung oder in einem Haus mit einem ganz normalen Mietvertrag. Nein, nicht ganz normal, da die Miete in der Regel lediglich die Hälfte der ortsüblichen Höhe ausmacht. Du bist kein*e Eigentümer*in, dennoch gehört Dir der Wohnraum, allein deshalb, weil du darin wohnst. Du kannst nicht gekündigt werden, und die Miete bleibt auch in der Zukunft dauerhaft niedrig. All das kann gelingen und ist gelebte und nicht erträumte Wirklichkeit, weil Du

Foto: Agneta Becker

nicht allein „klein“ bist, sondern mit anderen zusammen „stark“.

„Mietshäuser-Syndikat“ heißt dieses Wohn- und Besitzmodell und hat bereits Bestand seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Abgesehen mal davon, dass dieser Wohnzustand allein deshalb als utopisch angesehen wird und uns diese Tatsache als widernatürlich vorkommt, da übliches Mietwohnen inzwischen als selbstverständlich gewinnorientiert wahrgenommen wird und fast jeder Weiterverkauf mit

Die Bewohner*innen eines „Mietshäuser-Syndikats“ investieren lieber in Solidarität

einer Mietverteuerung verbunden ist: Nichts, auch das Wohnen, ist, wie es so schön neudeutsch heißt, alternativlos.

Wie gelingt es Menschen, den Wohnraum dem Immobilienmarkt zu entziehen? Alles fängt mit einer rechtlichen Konstruktion an. Doch die zuerst in den Sinn kommende Bildung einer Genossenschaft ist hier nicht gemeint. Denn bei einer genossenschaftlichen Konstruktion haben Vorstand und Aufsichtsrat zu viel Einfluss.

Echte Solidarität und Autonomie haben die Beteiligten bei einer Wirtschaftsform, die auf den ersten Blick rein kapitalistisch daherkommt: der GmbH. Üblich hat bei ihr der*diejenige das Sagen, der*die das meiste Geld einbringt. Dieses bekannte Vorgehen („die meiste Kohle“) ist jedoch nicht zwangsläufig erforderlich. Die Bewohner*innen eines „Mietshäuser-Syn-

dikats“ investieren lieber in Solidarität. So lässt sich über den Gesellschaftsvertrag das gegenseitige Miteinander regeln. Das erfordert zwar Zeit und Einvernehmen und kann anstrengend sein, ist aber auch sehr gewinnbringend und hat erhebliche Spareffekte.

Zur Finanzierung: Als Gruppe ist es einfacher, an Direktkredite zu kommen und somit die Banken außen vor zu lassen. Der Vorteil: Die Laufzeiten für die Rückzahlungen der Direktkredite sind in der Regel wesentlich länger, das senkt die Raten für die Tilgung. Wenn in einem Mehrfamilienhaus zusätzlich noch Sozialwohnungen gebaut werden, können auch günstigere Förderkredite beantragt werden.

Die Gruppe ist gemeinsam allein am elementaren Grundbedürfnis Wohnen interessiert, nicht an einem Verdienst daran, wie bei Investoren oder Wohnungsverwaltungen. Das ermöglicht dauerhaft niedrige Mieten. Niemand kann jemanden kündigen, der Kredit belastet nicht den Einzelnen persönlich. Das sind Vorteile, die sehr viel Bedeutung haben und „nur“ eine menschliche Tugend erfordern: Solidarität!

Soziolog*innen diagnostizieren zumindest in unseren westlichen Gesellschaften immer weniger solidarisches Miteinander. Insofern ist in dem beschriebenen Modell eine Gegenbewegung erkennbar. Gab es in Deutschland im Jahr 2004 erst 14 Syndikatsmietshäuser, sind es inzwischen bundesweit gut 150, Tendenz steigend. Fazit: Gemeinschaft gibt (Wohn-)Sicherheit!

Info: <https://www.syndikat.org>

AUS- UND FORTBILDUNGEN BILDUNGSURLAUBE KURSE WORKSHOPS

Sobi
Sozialpädagogisches
Bildungswerk
Münster

Das aktuelle
Programm liegt
innerhalb von
Münster aus!

Berufliche Bildung
Gesundheit & Entspannung
Tanz, Musik & Ausdruck
Persönlichkeitsentwicklung
& Spiritualität

www.sobi-muenster.de

Armutsrisiko Wohnen

In Münster fehlen 33.000 bezahlbare Wohnungen

Eine neue Studie der Stadt Münster und einiger Kreise, Sparkassen und Wohnungsbauunternehmen aus der Region belegt: Im Münsterland fehlen jährlich 10.000 neue Wohnungen! Die Erklärung dafür: Die Bodenpreise und Mieten seien explodiert. Zwischen 2011 und 2017 sind demnach die Bruttokaltmieten in Münster um 17,3 Prozent gestiegen. Das heißt: Die Mieten stiegen von 7,84 Euro pro Quadratmeter und Monat auf 9,20 Euro. Die Bodenpreise seien sogar im gleichen Zeitraum um 55,2 Prozent gestiegen: Von 290 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2011 auf 450 Euro in 2017. In Münster hätten 2011 rund 1300 Wohnungen gefehlt, im Jahr 2017 seien es schon 3000 gewesen. Das habe auch seine Ursachen: Das Münsterland sei eine „Boom-Region“. Es fehle aber an einer „Willkommenskultur für Privatinvestoren“, so das Fazit der Studie.

Laut Studie haben 40 Prozent aller Haushalte ein hohes Armutsrisiko

Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer weiteren Studie herausgefunden, dass alleine in Münster insgesamt 33.000 preiswerte Wohnungen fehlen. Für die Westfalenmetropole stellt die Studie fest: 40 Prozent aller Haushalte haben die Mietbelastungsquote¹ überstiegen. Für diese 40 Prozent ist also ein hohes Verschuldungs- und Armutsrisiko gegeben.

Insgesamt fehlen demnach in Münster 33.292 Wohnungen für Haushalte mit weniger als 80 Prozent des Bundesmedianeinkommens², davon 24.179 Wohnungen für Haushalte mit Einkommen unter 60 Prozent des Bundesmedianeinkommens. Ob wirklich eine fehlende „Willkommenskultur für Privatinvestoren“ das Problem ist und woher die preiswerten Wohnungen kommen könnten, fragen wir im anschließenden Gespräch das Bündnis „Münster gehört uns allen“. *Jan Große Nobis*

¹ Die Ausgaben fürs Wohnen (Bruttokaltmiete) liegen über 30 Prozent der Haushaltsausgaben.

² Die Höhe des fiktiven Einkommens eines Haushalts, unter dem 50 Prozent aller Haushalte weniger Einkommen haben und 50 Prozent mehr. Es liegt bundesweit bei 1.484 Euro.

„Es fehlt vor allem günstiger Wohnraum!“

Neue Bürgerinitiative kämpft für preiswerten Wohnraum und gegen Profitstreben

Die Initiative „Münster gehört uns allen“ (MSgua) hat sich Anfang Mai neu gegründet. Unter diesem Namen zusammengeschlossen haben sich alternative Wohnprojekte, Mieter*innen-Initiativen – zum Beispiel von Mieter*innen der LEG – und Stadtteilinitiativen aus verschiedenen Stadtvierteln.

Interview: Jan Große Nobis

Die Mitglieder setzen sich für mehr bezahlbaren Wohnraum und Alternativen zu Privatinvestor*innen in Münster ein. Anlass genug für die SPERRE, mit Edda Hattebier und Matthias Kayß von MSgua über den Wohnungsmarkt in Münster sowie die Ziele und Vorstellungen ihrer Initiative zu sprechen.

SPERRE: Wie ist denn aus Eurer Sicht die Wohnsituation derzeit in Münster?

Edda Hattebier (EH): Es fehlt definitiv Wohnraum – vor allem fehlt günstiger Wohnraum. Schon subjektiv: Früher war es besser. Da hatte ich das Gefühl, ich bekomme noch eine bezahlbare Wohnung, die meinen Bedürfnissen entspricht. Heute kann ich nicht mehr wirklich frei entscheiden, wo und wie ich wohnen will. Das ist das, was ich erlebe.



Foto: Jan Große Nobis

Edda Hattebier und Matthias Kayß von der Initiative „MSgua“ zu Besuch bei der Sperre.

Matthias Kayß (MK): Die Wohnsituation ist sehr gespalten. Es gibt ja viele, die noch eine Wohnung bekommen. Das sind aber die Leute, die viel Geld haben. Das große Problem sehe ich darin, dass viel zu wenige Wohnungen für Leute mit wenig oder sehr wenig Einkommen vorhanden sind. Die Stadt

stellt für diese Leute keinen adäquaten Wohn- und Lebensraum dar. Und das hat schwerwiegende Konsequenzen für die Stadtgesellschaft.

Der Mieterverein Münster fordert 1000 preiswerte und noch einmal 1000 marktgerechte neue Wohnungen pro Jahr. Die Hans-Böckler-Stiftung sagt in einer aktuellen Studie, in Münster fehlen insgesamt 33.000 preiswerte Wohnungen, eine Studie der Finanz- und Immobilienbranche in Zusammenarbeit mit einigen Kommunen des Münsterlandes besagt, pro Jahr braucht es insgesamt 10.000 Wohnungen. Die letztgenannte Studie fordert deshalb eine „Willkommenskultur für Privatinvestoren“. Kann also der Markt die Misere abwenden?

MK: Das ist ja absurd. Der Markt hat diese Misere ja erst geschaffen. Und jetzt zu glauben, dass der Markt sie einfach so wieder ausbügelt, dafür gibt es keine Anhaltspunkte. Das ist wieder diese Vorstellung, dass es einfach nur an Wohnungen mangelt – egal, wie sie entstehen und wie teuer die sind. Das halte ich für Unsinn! Es muss zweigleisig vorgegangen werden: Erst mal müssen die günstigen Wohnungen in der Innenstadt bewahrt bleiben, dann muss ebenfalls günstiger Wohnraum hinzukommen. Und zwar nahezu ausschließlich günstiger Wohnraum. Nur so kann der Mietspiegel, der ja die Durchschnittsmiete darstellt, gesenkt werden.

Ihr wollt, dass die Münsteraner*innen nicht länger dem „Profitstreben“ und der „Spekulation“ auf dem Wohnungsmarkt ausgesetzt sind? Was meint Ihr konkret damit?

„Nur so kann der Mietspiegel, der ja die Durchschnittsmiete darstellt, gesenkt werden“

EH: Diese „Willkommenskultur für Privatinvestoren“ ist ja so: Was interessiert Privatinvestor*innen? Der Profit. Was interessiert sie nicht? Für eine breite – gar arme – Schicht Wohnraum zu schaffen. Und das ist das, was unser Begehrt ist. Es muss auf günstigen Wohnraum gesetzt werden!

MK: Es hängt ja fast alles am Bodenpreis. Eigentlich ist egal, ob auf dem Grundstück eine Hundehütte oder sonst was draufsteht. Den Preis in den Griff zu bekommen, ist eine schwierige Aufgabe. Das will ich gar nicht verhehlen. Was mir aber fehlt, ist die Nutzung der Möglichkeiten, die andere Städte schon umgesetzt haben. Zunächst einmal muss die Stadt den Boden, den sie hat oder kauft, auch behalten. Das ist meiner Meinung nach ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie muss mit ihrem Boden wirtschaften, ohne selbst nach Profit zu streben. So sollte sich meiner Meinung nach die Wohn+Stadtbau ausschließlich dem sozialen Wohnungsbau widmen und nicht selbst Profite erwirtschaften. Ein weiteres Beispiel wäre, dass die Stadt selbst verpachtet. Die Stadt hat bereits gut klingende Ansätze in dem Konzept „Sobomü“¹ formuliert. Aber dem schönen Papier folgen halt zu wenige Taten. Reden und sich loben lassen, das reicht nicht.

Alternativen: Erbbaurecht, Gemeindebau und alternative Wohnprojekte

Ihr verweist in Eurem Grundsatzpapier auf andere Städte. Was läuft da besser?



Foto: Jan Große Nobis

Der Karl-Marx-Hof. Eines der größten Gemeindewohnprojekte in Wien

MK: Es gibt das Beispiel Amsterdam, wenn man auf Erbbaurecht abzielt. Dort sind 80 Prozent der Stadtfläche in Gemeindebesitz. 60 Prozent werden im Erbbaurecht vergeben. Erbbaurecht hat den Vorteil, dass die Stadt weiter den Einfluss auf die Grundstücke behält, was auf diesen Flächen passiert. Oder in Wien: Dort sind 45 Prozent der Wohnungen in Genossenschafts- oder Gemeindebesitz und die durchschnittliche Kaltmiete liegt bei zirka fünf Euro pro Quadratmeter. Von so etwas können wir hier nur träumen. Es gibt zwar einige Genossenschaften mit günstigen Mieten. Die stecken aber genau in der Misere wie andere Wohnprojekte auch. Sie kommen nicht an günstige Grundstücke oder Objekte. Es geht immer nur über Privatinvestor*innen. Viele alternative Wohnprojekte scheitern daran.

Was sind Eure Vorschläge für Münster? Wie geht es besser?

MK: Das Vergabeverfahren für Grundstücke muss geändert werden. Wir haben zwar hier auch Festpreise und Konzeptvergaben. Daher gibt es keinen Bieterwettbewerb und die Konzepte sollen zählen. Aber die Festpreise orientieren sich am marktüblichen Verkehrswert in Münster. Projekte, die keine wirtschaftlichen Gewinnabsichten verfolgen, können sich das einfach nicht leisten. Dann nützt so ein Konzeptvergabeverfahren gar nichts. Für solche Fälle muss unterhalb des Verkehrswertes vergeben werden.

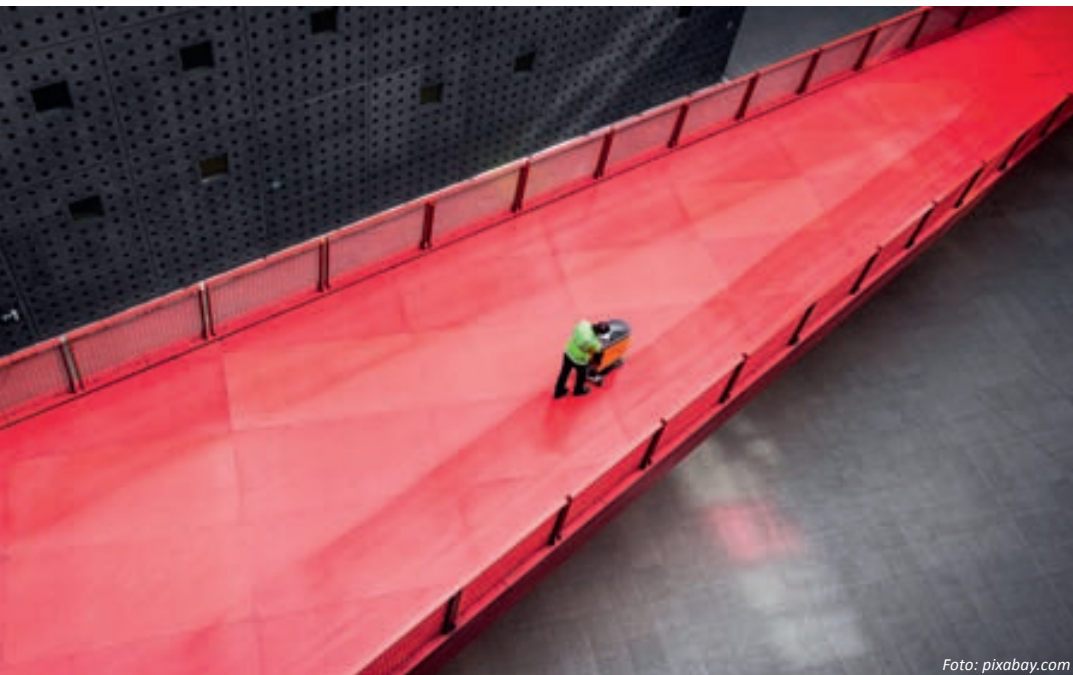
EH: Die Diskussion um bezahlbaren Wohnraum geht also weiter und wir werden uns daran beteiligen. Es bleibt spannend!

Ich danke Euch für das Gespräch. Viel Erfolg Eurer Initiative! ■

¹ Ratsbeschluss vom 02.04.2014: „Sozialgerechte Bodennutzung in Münster“ – V/0039/2014

Mehr Informationen zu „Münster gehört uns allen“ unter <https://msgua.de/>

Mythos Vollbeschäftigung



Von Arbeitslosigkeit redet kaum noch jemand

Von Arnold Voskamp

Es werden ständig neue Erfolgszahlen am Arbeitsmarkt präsentiert. Das Wort Vollbeschäftigung macht die Runde. Der Arbeitsmarkt sei leergefegt mit vier oder fünf Prozent Arbeitslosigkeit, offene Stellen könnten kaum besetzt werden, heißt es. Fachkräftemangel treibe die Wirtschaft in den Ruin oder sei zumindest eine gravierende Wachstumsbremse. Schleunigst müssten Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden. Doch die wirklichen Arbeitslosen hierzulande werden dabei großzügig übersehen.

7767 Arbeitslose zählen die Arbeitsämter (Arbeitsagentur und Jobcenter) in Münster, die Arbeitslosenquote beträgt 4,6 Prozent (Agentur für Arbeit vom April 2019). Aber viele Personen werden nicht als Arbeitslose gezählt, sie sind krank gemeldet, sie nehmen an einer Integrationsmaßnahme teil oder sie gelten als alt und nicht vermittelbar. Sie sind jedoch in einem der Arbeitsämter gemeldet - fast alle beziehen Leistungen. Die Arbeitsämter zählen mit ihnen zusammen eine sogenannte Unterbeschäftigung von 10.884 Personen, ihre Quote beträgt 6,3 Prozent.

Vollbeschäftigung heißt: Wer arbeiten will, findet auch eine Arbeit. Vier, fünf oder sieben Prozent Arbeitslosigkeit sind keine Vollbeschäftigung. Die Landesverfassung NRW sagt in Artikel 24: Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.

Daneben gibt es weitere gut 3000 als arbeitssuchend, aber nicht als arbeitslos Gemeldete. Zusätzlich sind viele Arbeitnehmer*Innen unfreiwillig in Teilzeit oder im Minijob beschäftigt und haben den Wunsch nach mehr und gut bezahlter Arbeit; das dürften in Münster 6000 bis 10.000 sein. Weitere Menschen suchen eine Arbeit und sind gar nicht gemeldet, weil sie von einem der Arbeitsämter nichts erwarten, beispielsweise viele Frauen, deren Arbeitslosengeld abgelaufen ist, die kein Arbeitslosengeld II beziehen und bislang nur über ihren Mann abgesichert sind. Deren Zahl lässt sich nur grob schätzen. Sie alle bilden die sogenannte stille Reserve. Wenn die Zahl der besetzten Stellen doppelt so schnell steigt, wie die Arbeitslosigkeit sinkt, dann genau wegen dieser nicht berücksichtigten stillen Reserve.

Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in besseren Zeiten

Auf Bundesebene sind aktuell 2,23 Millionen offizielle Arbeitslose gezählt, das entspricht einer Quote von 4,9 Prozent. Durch die sogenannte Unterbeschäftigung kommen weitere 970.000 „Nichtarbeitslose“ dazu, damit sind 3,2 Millionen Personen arbeitslos.

1960 bis Anfang der 1970er-Jahre (ohne die Krise 1967) hatten wir in Westdeutschland im Jahresdurchschnitt etwa 150.000 Arbeitslose, die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 0,7 Prozent (Zahlen: Bundeszentrale für politische Bildung). Die Arbeitslosigkeit war geprägt durch saisonale Einflüsse, sie war im Winter höher, und im Sommer lagen die

Zu den Zeiten der Nahezu-Vollbeschäftigung kamen in Westdeutschland fünf offene Stellen auf einen Arbeitslosen. Umgekehrt zu heute gab es mehr offene Stellen als Arbeitslose.

Zahlen unter 50.000. Den 150.000 Arbeitslosen standen etwa 500.000 bis 800.000 offene Stellen gegenüber. Kranke oder schwer vermittelbare ältere Arbeitslose wurden damals noch nicht herausgerechnet. Da war zwar immer noch nicht jeder und jede Arbeitswillige beschäftigt, aber doch annähernd. Solche Zahlen zeigen in Richtung Vollbeschäftigung.

Vermittlungszahlen sind verbesserungsbedürftig

Die Arbeitslosen werden heute zu einem Drittel von der Arbeitsagentur und zwei Dritteln vom Jobcenter betreut und vermittelt. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen im Jobcenter sind langzeitarbeitslos. Münsters Jobcenter zählt 3400 berufliche Integrationen – also Jobvermittlungen – im Jahr. Das Jobcenter verwaltet aber 7481 Arbeitslose (im weiten Sinne, also 7481 Menschen in Unterbeschäftigung). Um durchschnittlich jede und jeden Arbeitslosen einmal in Arbeit zu vermitteln, braucht das Jobcenter also zwei Jahre. Wer einmal länger arbeitslos war oder die einschlägige Literatur gelesen hat, weiß, was längere Arbeitslosigkeit mit Arbeitslosen macht: Sie macht die Betroffenen müde, nimmt den Mut, raubt Arbeitserfahrung, ruiniert Familien, schließt aus sozialen Zusammenhängen aus und bringt viele dauerhaft in die Armut.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Zusammenstellung: O-Ton-Arbeitsmarkt, Newsletter Nr. 05/2019

Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen

Auch in dem Zahlenverhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen zeigt sich eine deutliche Schiefelage. 7767 Arbeitslose oder 10.884 Personen in „Unterbeschäftigung“ (bei beiden Ämtern in Münster) stehen 2672 offenen Stellen in Münster gegenüber. Rein rechnerisch kommen drei oder vier Arbeitslose auf eine offene Stelle.

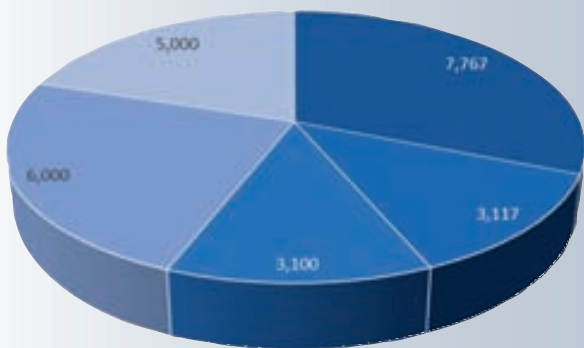
Für diejenigen, die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit stehen, herrschen raue Zeiten. Auf dem Arbeitsmarkt findet sich bestimmt jemand, der*die leistungsfähiger ist. Am Ende haben wir olympiareife Mannschaften in den Betrieben und in den Arbeitsämtern diejenigen, die mühselig und beladen sind.

Zu den Zeiten der Nahezu-Vollbeschäftigung kamen in Westdeutschland fünf offene Stellen auf einen Arbeitslosen. Es gab damals also mehr offene Stellen als Arbeitslose. Eine solche Situation verringert die Auswahlmöglichkeiten der Personalchef*innen. Der Ruf nach ausländischen Fachkräften wird laut, aber es steigt auch die Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber*innen in den Bewerbungsverfahren. Die „Mühseligen und Beladenen“ haben tatsächlich Chancen in einem Vorstellungsgespräch. Das macht Mut, sich zu bewerben.

„Working Poor“ – Ist alles sozial, was Arbeit schafft?

Der Verdienst aus der Arbeit auf den vermittelten Arbeitsstellen deckt nicht den finanziellen Bedarf der vermittelten Personen. Die Beschäftigten beziehen weiterhin Leistungen von Jobcentern, Wohngeldstellen und Kinderzuschlagstellen. Die zusätzliche Bürokratie nervt. Viele prekär bezahlte Stellen dauern nur kurz. In der Leiharbeit dauert beispielsweise jede zweite Beschäftigung weniger als drei Monate, dann sind die Ex-Arbeitslosen wieder arbeitslos. Nicht wenige gehen dann erneut in die Leiharbeit – die Drehtür der sogenannten Working Poor. Andere arbeiten sich krank. Das jedoch ist ein anderes Thema. Wenn man fünf Prozent Arbeitslosigkeit gleichmäßig auf alle verteilen würde, dann bekäme jede*r in seinem Arbeitsleben fünf Prozent Arbeitslosigkeit ab. Fünf Prozent sind bei 40 Jahren Erwerbsarbeit für jede*n Einzelne*n zwei Jahre im Leben ohne Arbeit. Wie gesagt bei gleichmäßiger Verteilung, Beamte eingeschlossen. So gleich verteilt ist es aber nicht, denn die einen übernehmen die Arbeitslosigkeit für die anderen mit. ■

Echte Arbeitslosigkeit in Münster



Grafik: SPERRE

Eine App mit Betriebsrat

Die fahrenden Essenskuriere kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen

Jede*r kennt sie: die Fahrradkuriere von Foodora und Lieferando auf Münsters Straßen. Mit einem großen Plastikwürfel auf dem Rücken, der eine in Knallrosa, der andere in Knallorange. Sie bringen das per App bestellte Essen aus den Restaurants gleich ins heimische Wohnzimmer. Seit Sommer 2017 macht sich eine Gruppe von Angestellten der inzwischen fusionierten Unternehmen auch in Münster stark für gute Arbeitsbedingungen und einen eigenen Betriebsrat – trotz App.

Interview: Jan Große Nobis

Das Unternehmen ist in Münster nur mit einer App vertreten. Ein Büro oder eine Betriebsstätte wie bei anderen Firmen üblich gibt es nicht. Neben einer bescheidenen Bezahlung mit dem Mindestlohn lässt auch der übrige Arbeitsalltag viel Raum für Verbesserungen. Deshalb wollen die Fahrradkurier*innen jetzt eine eigene Vertretung wählen, um sich besser für ihre Interessen gegenüber der Unternehmensführung einsetzen zu können. Über die Arbeitsbedingungen und zum Stand des Verfahrens haben wir stellvertretend mit dem Foodora-Kurier Joscha Möller gesprochen.

SPERRE: Auf der 1.-Mai-Kundgebung in Münster habt Ihr gesagt, eigentlich ist der Job ein richtig toller Job. Draußen, auf dem Fahrrad... Was will man mehr?

Joscha Möller: Ja, das ist auch so. Wenn jemand bei Foodora anfangen möchte, sollte er schon gerne Fahrrad fahren. Die Hauptzeit wird auf dem Fahrrad verbracht. Das ist auch sehr schön! Auf jeden Fall! Aber wir wissen alle, dass nicht nur die Sonne scheint. Und bei Regen, Schnee und Glatteis fahren wir halt auch.

Regenklamotten als Gesundheitsgefahr

Wie sind denn Eure Regenklamotten?

Wir sind dazu angehalten, die vom Arbeitgeber bereitgestellte Arbeitskleidung zu tragen. Das sind halt relativ günstig produzierte Regensachen. Wer schlechte Regenjacken kennt, weiß, dass das vielleicht eine halbe Stunde im Regen funktioniert. Aber wir haben Schichten, die bis zu fünfdreiviertel



Die Foodora- und Lieferando-Fahrer*innen stellen ihr Anliegen auf der 1.-Mai-Kundgebung des DGB Münster vor.

Foto: Jan Große Nobis

Stunden gehen. Wenn es da die ganze Zeit durchregnet, hält das halt so eine Jacke nicht aus. Was daraus resultiert, ist, dass das eine Gesundheitsgefahr für uns darstellt. Und da sehe ich, dass unsere Arbeitgeberin ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommt.

Die Kompensation für Fahrradreparaturen reichen nicht

Ihr fahrt mit Euren Privaträdern. Gibt es dafür eine Kompensation?

Wir fahren mit unseren eigenen Fahrrädern. Wir sind dazu vertraglich verpflichtet, die in einem verkehrssicheren Zustand zu halten. Wir bekommen 25 Cent pro gefahrene Stunde als Kompensation. Wir sind auch mal schnell im Straßenverkehr unterwegs. Da ist Material wichtig, das diese Bedingungen auch aushält. Wenn wir da irgendwelche billigen Sachen kaufen, gefährden wir im Zweifelsfall unsere Gesundheit oder unser Leben. Deshalb ist das für viele von uns keine angemessene Kompensation. 25 Cent pro Stunde sind halt unglaublich wenig. Sonst wird bei Abrechnungen nach Fahrleistung auch in Kilometern gerechnet. Das wirkt ein bisschen so wie eine kleine Wiedergutmachung, die uns befrieden soll.

Eigentlich muss der Arbeitgeber ja die Betriebsmittel stellen...

Die Mitarbeitenden von Foodora wollten 2017 eine Wahlversammlung einberufen, um einen Betriebsrat zu gründen. Sie hatten dazu das Unternehmen aufgefordert, alle Kolleg*innen einzuladen, um einen Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrats zu wählen. Dieser Aufforderung ist Foodora, damals noch ein unabhängiges Unternehmen, nicht nachgekommen. Mit Hilfe der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wollten sie ihr Mitbestimmungsrecht einklagen. Die RichterIn am Arbeitsgericht Münster konnte der Klage auf Grund von Formfehlern nicht stattgeben. Sie schlug aber einen Vergleich vor, nachdem Foodora verpflichtet würde, entweder die Kontaktdaten aller Kolleg*innen bereitzustellen oder aber die Einladung der Gruppe an die Kolleg*innen selber zu verschicken. Der Vergleich wurde bisher nicht von Foodora angenommen. Trotzdem ist inzwischen eine neue Einladung zur erneuten Wahlversammlung an alle Kolleg*innen verschickt worden.

Ja, das tut er, jedenfalls zum Teil. In Form der Kleidung. Das tut er halt nicht in Form von Fahrrädern oder einer angemessenen Kompensation.

Schichten planen, Arbeitsklamotten anziehen, Fahrrad reparieren – alles nur zum Spaß?

Und was ist mit der Schichtplanung? Was ist mit dem Umziehen, was mit den Zeiten, die Ihr zum Reparieren Eurer Fahrräder aufwendet?

Das ist unsere „Freizeit“. Die Schichtplanung braucht zunächst nicht super viel Zeit. Das kostet mich in der Woche „nur“ eine Viertelstunde. Hinzu kommt, dass wir ja in unserer Arbeitskleidung fahren. Wir ziehen uns zu Hause um. Von dort aus fahre ich los – als lebende Werbefläche. Wir kriegen diese Umziehzeiten und die Anfahrt zum Job aber nicht bezahlt. Beides müsste aber eigentlich bezahlt werden. Die Wartungsarbeiten an meinem Fahrrad führe ich in meiner Freizeit durch, die wäre schließlich auch zu bezahlen. Kommunikation mit meinem Arbeitgeber – nicht nur Schichtplanung –, sondern, wenn ich krank bin, wenn es Probleme gibt, wenn ich zu wenig Lohn bekommen habe, wenn ich einfach nur eine Frage habe, wenn ich einfach nur Feedback geben will – das alles zählt als meine Freizeit. Aber dafür müssen wir bezahlt werden. Das alles zusammengerechnet ist schon viel zusätzliche Zeit, die nicht anerkannt wird!

Kann eine App einen Betriebsrat haben?

Ihr wollt einen Betriebsrat gründen, um diese Probleme kommunizieren zu können. Letztens hattet ihr einen Gerichtstermin dazu. Wie ist der Stand?

Ja, wir hatten ein Gerichtsverfahren. Der Gerichtstermin war am 3. Mai. Na ja, es ist nur ein

Vergleich dabei herausgekommen. Aufgrund von formalen Fehlern konnte uns die RichterIn da nicht Recht geben. Die RichterIn hat aber sehr deutlich gesagt, dass es nicht geht, dass wir als Beschäftigte hier in Münster – wir sind so zwischen 50 und 70 Leute, das schwankt sehr stark – keine Mitarbeitenden-Vertretung haben.

„Die Aussage der RichterIn ist schon als ein Teilsieg anzusehen“

Die RichterIn hat also durchblicken lassen, dass sie die Chance sieht, dass Münster Standort wird. Trotz der Arbeitsorganisation über eine App.

Die Problematik hinter diesem Gerichtsverfahren ist, dass das Betriebsverfassungsgesetz noch nicht an die digitale Arbeit im Internet-Zeitalter angepasst ist. Früher gab es halt eine Produktionsstätte, eine Fabrik oder ein Büro, wo die Menschen gearbeitet haben. Da war eine Betriebsstätte im Sinne des Gesetzes vor Ort real greifbar. Dort gab es dann auch einen Betriebsrat. Bei Foodora gibt es aber keine Betriebsstätten im klassischen Sinne. Die Arbeit wird bundesweit digital organisiert. Halt in einer App. Es gilt also zu klären, ob die Kolleg*innen in Zeiten der App einen eigenen Betriebsrat vor Ort gründen können.

Das ist gerichtlich zu klären. Die RichterIn hat durchblicken lassen, dass wir vor Ort eine Vertretung brauchen. Der erste Vergleichsvorschlag wäre gewesen, dass wir uns mit Foodora einigen, dass wir gerichtlich klären, ob wir in Münster eine Betriebsstätte sind. Auf den Vergleich konnte sich die gegnerische Anwältin nicht einlassen. Das ist aber schon mal ein Zeichen. Die Aussage der RichterIn ist schon als ein Teilsieg anzusehen. Sie hat ihre persönliche Rechtsauffassung ja geäußert. Und die war ja klar für uns.

Auch eine App kann also eine Betriebsstätte sein?

Ja, vielleicht.

Das ist wahrscheinlich noch ein langer Weg. Viel Glück dabei und danke für das Gespräch. ■



Dienstleister am Rande der *Legalität*

Die Verhinderung von Betriebsräten und Gewerkschaftsarbeit in Betrieben wird zum lohnenden Geschäft

Ein Gastbeitrag von Torsten Bewernitz ¹

Die große Mehrheit der Betriebe in Deutschland ist ohne Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen. Unternehmen, die ein Interesse daran haben, dass das in ihren Betrieben so bleibt, greifen mitunter auf die Dienstleistung des „Union Busting“ zurück.

Das, was sich im Berliner Hostel „wombat’s“ abspielte, erstaunt: Der Geschäftsführer sprühte beleidigende Graffiti gegen den einzigen in der Hostelkette bestehenden Betriebsrat vor sein eigenes Hotel. Da sich der Betriebsrat nicht einschüchtern ließ, wurde schließlich Anfang Mai 2019 die Schließung des Berliner Standorts angekündigt – nicht, weil es diesem wirtschaftlich schlecht ginge, sondern weil man „so nicht weiterarbeiten“ wolle. Das

Unternehmen ist Opfer seiner eigenen Union-Busting-Strategie geworden. Doch: Die Eskalationsstrategie hatte nicht verfangen. Union Busting, die gezielte Verhinderung von Gewerkschaftsarbeit und Betriebsräten, ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst. Früher oft mit Gewalt ausgetragen, wird die Auseinandersetzung heute in Europa und den USA meist politisch und juristisch geführt. Gewaltsames Union Busting gibt es aber zum Beispiel noch in Südafrika oder Bangladesch. Die heutige Methode des Union Busting entstand in den 1970er-Jahren in den USA. Die „Welle“ schwappte mit den Deregulierungs- und Outsourcing-Tendenzen auch nach Deutschland. Es ist einerseits ein Geschäftsgebiet für windige Anwaltskanzleien und andererseits für entsprechende Stiftungen wie etwa Bertelsmann, Institute, Unternehmensberatungen wie McKinsey sowie Detekteien und Medienagenturen. Es werden arbeitge-



Vermieter aufgepasst!!

Dach überm Kopf

Verein zur Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum für sozial schwache Gruppen

- Sie haben Wohnraum, den Sie vermieten möchten?
- Sie haben Interesse an gesicherter Miete?
- Sie möchten einen Ansprechpartner bei eventuellen Problemen?
- Sie möchten einen sozialen Beitrag leisten?

Dann sind Sie bei uns genau richtig!

c/o Chance e.V. | Friedrich-Ebert.Str. 7 | 48153 Münster | Tel: 0251 6208847 | E-Mail: dachuebermkopf.muenster@gmail.com

berfreundliche „Gegen-Gewerkschaften“ gegründet, entsprechende Lehrinhalte in Jura und BWL vermittelt, Seminare für Unternehmer*innen und die Einflussnahme auf Rechtsprechung und Gesetzgebung organisiert.

Die große Mehrheit der Arbeitnehmer*innen ist ohne Betriebsrat

Die Vielfalt der Methoden ist dementsprechend, und Gerichtsprozesse sind nur die Spitze des Eisbergs: Mobbing am Arbeitsplatz, Verbreitung von Falschinformationen und antigewerkschaftlicher Hetze, Gründung von „alternativen“ Vertretungen („Mitarbeiter*innengremien“), Sabotage und Chaos bei Betriebsversammlungen, Pathologisierung und soziale Ausgrenzung von Engagierten (zum Beispiel durch Versetzungen) sowie sogar blanker Psychoterror. Häufig wird auch nicht vor falschen Beschuldigungen (Diebstahl, sexuelle Übergriffe etc.) Halt gemacht.

Aktuell haben nur neun Prozent der deutschen Unternehmen eine gesetzliche Mitarbeiter*innenvertretung. Rund 60 Prozent der Arbeitenden in Deutschland haben keine Vertretung durch einen Betriebsrat. Je kleiner ein Betrieb, desto unwahrscheinlicher ist die Existenz eines Betriebsrates. Mitbestimmung ist in Deutschland nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Daher die oft aggressive Reaktion auf die Gründung von Betriebsräten. Ein Drittel der Betriebsrats-Verhinderungen ist „offiziell“ erfolgreich, das heißt: Der Betriebsrat wurde aufgelöst oder dessen Wahl verhindert. Die Dunkelziffer liegt weit höher: Verhinderungen im Vorfeld und die Arbeit existierender Betriebsräte in vergifteter Atmosphäre



Bildrechte: Yakamok <http://picdeer.com/yakamok>

(wie bei „wombat’s“ in Berlin) werden nicht gezählt. Die Verhinderung von Betriebsratswahlen ist eine Straftat, wird aber oft als Bagatelle behandelt. Deswegen ist es wichtig, solche Fälle öffentlich zu skandalisieren, wie es seit Jahren Organisationen wie arbeitsunrecht.de, work-watch.de und Arbeitskreise der Gewerkschaften tun.

Noch wichtiger ist es, eine positive Grundlage im Betrieb selber zu schaffen: Das beste Mittel gegen Union Busting ist gute Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. Diskussionen sollten im Betrieb geführt werden, die Kolleg*innen aktiv beteiligt werden. Schließlich geht es nicht um einen Konflikt zwischen einer Minderheit im Betrieb und dem Arbeitgeber, sondern um die Interessen aller Kolleg*innen.

Literaturtipps: Rügemer, Werner und Wigand, Elmar: Union Busting in Deutschland. Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung. OBS-Arbeitsheft 77. Frankfurt a. M. 2014. Online unter: <https://bit.ly/2EjVall>

Torsten Bewernitz¹ ist Redakteur bei „express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ (<http://express-afp.info/>)

fast umsonst - mit dabei!

... fast umsonst - mit dabei! richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, preiswerte Möbel oder eine erschwingliche Mahlzeit handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen. www.münster-fast-umsonst.de

Der **EU-Vergleich:** mal mehr, mal weniger für Arbeitslose

Die Höhe der Leistungen ist in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich

Von William Kaßel

Wer in Deutschland Geld von der Agentur für Arbeit bezieht, weiß, dass die Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern streng geregelt und hürdenreich abläuft. Doch wie schneiden die anderen Länder der Europäischen Union (EU) im Vergleich ab? Wir haben uns drei verschiedene Länder der EU angeguckt und fassen deren Modelle der Arbeitslosenversicherung zusammen.

Griechenland: Für Familienmitglieder wird aufgestockt

In Griechenland gibt es zwei Konzepte der Arbeitslosenversicherung: einmal das Konzept des Arbeitslosengeldes und andererseits das der saisonalen Sonderbeihilfe. Das Arbeitslosengeld richtet sich an Arbeitssuchende, die vor Kurzem Ihren Job verloren haben und noch erwerbsfähig sind. Die saisonale Sonderbeihilfe richtet sich an Arbeitnehmer*innen mit einer saisonbedingten Tätigkeit, die ihre Beschäftigung außerhalb der Saison nicht ausüben können.

Um das Arbeitslosengeld beziehen zu können, muss sich der*die Arbeitssuchende bei der örtlichen Geschäftsstelle der ΟΑΕΔ (ΟΡΓΑΝΙΣΜΟΣ ΑΠΑΣΧΟΛΗΣΗΣ ΕΡΓΑΤΙΚΟΥ ΔΥΝΑΜΙΚΟΥ) melden. Dies muss in einem Zeitraum von maximal 60 Tagen nach dem Verlust der bisherigen Tätigkeit passieren. Die Zahlungen werden eingestellt, wenn der*die Bezugsberechtigte dreimal ein Stellenangebot oder eine Weiterbildungsmöglichkeit ablehnt.

Der*die Arbeitssuchende muss bei erstmaligem Erhalt die Beitragssätze für 80 versicherte Arbeitstage gezahlt haben und 125 Tage Erwerbstätigkeit in den letzten 14 Monaten nachweisen können. Die letzten beiden Monate werden dabei nicht berücksichtigt. Arbeitssuchende im Alter von über 49 Jahren müssen dagegen 210 Tage Erwerbstätigkeit nachweisen können.



Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes entspricht 360 Euro pro Monat, plus zehn Prozent für jedes weitere Familienmitglied. Das Arbeitslosengeld wird je nach Situation fünf bis zwölf Monate ausbezahlt. Ab diesem Zeitpunkt greift für ein weiteres Jahr noch eine Unterstützung von 200 Euro pro Monat. Anschließend bekommt der*die Arbeitssuchende keine staatliche Unterstützung mehr.

Polen: hohe Arbeitslosenquote am Wohnort – längere Leistungen

Damit der*die Arbeitssuchende in Polen Arbeitslosengeld beziehen kann, muss dieser 365 Arbeitstage in den vergangenen 18 Monaten nachweisen können. Ehemals Selbstständige können auch Arbeitslosengeld bekommen. Dazu müssen sie während ihrer Selbstständigkeit in den Arbeitslosenfonds

eingezahlt haben. Je nach Arbeiterfahrung könnten auch Vorruhestandsleistungen in Frage kommen, diese können aber erst nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit beantragt werden.

Die Höhe der Leistungen bestimmt sich durch die Länge der geleisteten Arbeitszeit und fällt nach drei Monaten wieder ab. In einer Arbeitszeitspanne von fünf bis 20 Jahren wären es zum Beispiel 831,10 PLN (Polnischer Złoty; umgerechnet 192,96 Euro) und dann nach drei Monaten 652,60 PLN (umgerechnet 151,52 Euro).

Wenn der*die Arbeitslose entweder 50 Jahre alt ist und in dieser Lebenszeit 20 Jahre lang gearbeitet hat oder in einem Kreis wohnt, in dem die Arbeitslosenquote das 1,5-fache des Landesdurchschnitts beträgt, wird diesem das Arbeitslosengeld für zwölf Monate bewilligt. Dies ist auch der Fall, wenn der*die Arbeitslose ein Kind unter dem 15. Lebensjahr und eine*n arbeitslose*n Partner*in hat. Ansonsten wird nur eine Leistung für sechs Monate bewilligt. Nach dem Ablauf der Leistungen fällt der*die Arbeitssuchende in eine Grundversicherung, die dem deutschen Hartz IV entspricht.

Dänemark: Bis zu 90 Prozent des Nettoeinkommens als Arbeitslosengeld

In Dänemark gibt es zwei Arten von Arbeitslosenversicherungen: die vollversicherte und die teilversicherte (für Teilzeitkräfte) Arbeitslosenversicherung. Welche der beiden Versicherungsarten der*die dänische Staatsbürger*in abschlie-

ßen darf, bestimmt sich durch die Tätigkeit erzielte Monatsarbeitszeit (unter oder über 145,53 Stunden im Monat).

Damit der*die Arbeitssuchende in Dänemark Arbeitslosengeld beziehen kann, muss die Person im regulären Fall für mindestens ein Jahr bei einer teilversicherten oder vollversicherten Arbeitslosenkasse gemeldet sein. Dazu müssen die Antragsteller*innen in den letzten drei Jahren ein bestimmtes Mindesteinkommen nachweisen können. Bei Vollversicherten wären das 223.596 DKK (Dänische Kronen; umgerechnet 29.942 Euro) und bei Teilversicherten 152.232 DKK (umgerechnet 20.385 Euro). Als Selbstständige*r muss man zusätzlich einen Arbeitsumfang von mindestens 52 Wochen während der letzten drei Jahre nachweisen können.

Ist der Verlust der Arbeit selbstverschuldet, darf der*die Arbeitssuchende erst nach einer Karenzzeit von drei Wochen Arbeitslosengeld beantragen. Zusätzlich muss sich der*die Arbeitssuchende bei der Website der staatlichen Arbeitsvermittlung (jobnet.dk) anmelden. Darauf muss er*sie einmal wöchentlich die vorgeschlagenen Jobangebote checken, einen aktuellen und beglaubigten Lebenslauf hochladen und sich als verfügbar für den Arbeitsmarkt melden.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes kann bis zu 90 Prozent des vorherigen Lohns betragen und bestimmt sich durch das Alter und die Art der Versicherung. Begrenzt ist es auf 18.633 DKK (zirka 2786 Euro) pro Monat für Vollzeitversicherte und 12.422 DKK pro Monat für Teilzeitversicherte. →



cuba Arbeitslosen- beratung

Beratung nach Vereinbarung sowie
offene Sprechstunde di 9-12.30 Uhr

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel. 0251 / 511929
cuba-beratung@muenster.de
www.cuba-arbeitslosenberatung.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW,
des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Münster



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



STADT MÜNSTER

Arbeitslosengeld kann in einem Zeitraum von drei Jahren maximal 24 Monate lang bezogen werden. Diese Frist lässt sich je nach Beschäftigungszeitraum vor dem Bezug des Geldes auf 36 Monate verlängern. Um danach nochmals Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, ist Voraussetzung, dass er*sie innerhalb von drei Jahren 52 Wochen in Vollzeit oder 34 Wochen in Teilzeit gearbeitet hat.

Arbeitssuchende nach einer kürzlich abgeschlossenen Ausbildung bekommen 13.323 DKK (zirka 1993 Euro) pro Monat (8882 DKK für Teilversicherte) Arbeitslosengeld. Wenn der*die Arbeitssuchende erst kürzlich seine*ihre Ausbildung abgeschlossen hat und für ein Kind sorgen muss, erhält er*sie 15.279 DKK (zirka 2285 Euro) pro Monat (10.186 DKK Teilzeitversicherte).

Falls dies nicht zutrifft und der*die Bezieher*in jünger als 25 Jahre ist, greift auch ein fester, aber trotzdem relativ hoher Satz von 9857 DKK pro Monat (1474 Euro). Für Teilzeitversicherte sind es 6211 DKK pro Monat.

Fazit: Deutschland macht keine schlechte Figur

Im Gesamtvergleich macht Deutschland keine schlechte Figur. Stellt man Deutschland neben Griechenland oder Polen, merkt man, dass der*die Deutsche, auch unter Berücksichtigung der Lebenserhaltungskosten der jeweiligen Länder, besser dasteht.

Dazu kann die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in Deutschland – unter Umständen – auf 24 Monate gestreckt



Foto: pixabay.com

werden. Das wäre im Idealfall doppelt so lange wie in Polen oder in Griechenland. Im Vergleich zu Griechenland muss der*die Deutsche auch nicht mit der Angst leben, nach einer bestimmten Zeit komplett ohne staatliche Hilfe dazustehen.

Doch vergleicht man Deutschland mit Dänemark, merkt man, dass es immer noch besser geht. Während Deutschland die Arbeitssuchenden mit 60 Prozent (oder mit 67 Prozent, solange der*die Bezieher*in Kinder mit Kindergeldanspruch hat) des Nettoeinkommens unterstützt, schafft es Dänemark, den Arbeitssuchenden mit bis zu 90 Prozent des Nettoeinkommens zu unterstützen.

Mit einer Bezugsdauer von zwei bis höchstens drei Jahren steht Dänemark auch deutlich besser da als sein südliches Nachbarland. Insgesamt macht Deutschland keine schlechte Figur. Die Arbeitssuchenden in Deutschland haben in Sachen staatlicher Unterstützung vergleichsweise nicht die schlechtesten Möglichkeiten in der EU. Nur haben sie auch nicht die besten. ■

CHANCE u.v.
SEIT 25 JAHREN
www.chance-muenster.de

Möbel und Trödel

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo. - Fr.: 9.30 - 19.00 Uhr, Sa.: 9.30 - 16.00 Uhr

GUT - GÜNSTIG - GEBRAUCHT
LILA LEEZE
NEUE ÖFFNUNGSZEITEN!
WIR KAUFEN GEBRAUCHTRÄDER

Fahrräder + Ersatzteile
neu und gebraucht
E-Bikes Verkauf & Wartung
An- & Verkauf · Meister-Werkstatt

Mo 13 - 19 Uhr
Di - Fr 10 - 19 Uhr
Sa 10 - 16 Uhr

Dortmunder Str. 11, Hof
(im Hansaviertel)
Tel. 66 57 61 - www.lila-leeze.de

Altenteil, Leibrente, Gnadenpension

Der heutigen Rentenversicherung gingen etliche historische Formen der Altersversorgung voraus

Von Erik Dahmen

So ziemlich genau 130 Jahre ist es her, dass Reichskanzler Otto Bismarck 1889 mit dem „Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“ erstmals für eine gesetzlich geregelte Altersversorgung für alle Bürger*innen in Deutschland sorgte. Grund genug, einen Blick auf frühere Formen der Altersversorgung auf dem langen Weg zu einer gesetzlichen Krankenversicherung zu werfen.



Jaroslav Spiller, Altenteil, 1904, Wikimedia Commons

Sozynisch es klingt: Bis ins 19. Jahrhundert hinein mussten sich die meisten Menschen keine großen Gedanken um Ihre Versorgung im Alter machen. Eine für heutige Verhältnisse grauenhaft geringe Lebenserwartung sorgte dafür, dass die Wenigsten jemals die Gelegenheit hatten, einen langen Lebensabend zu genießen. Für diejenigen, denen es trotzdem gelang, war lange Zeit die Familie die wichtigste Vorsorge im Alter. In den bäuerlichen Gesellschaften des Mittelalters und der frühen Neuzeit war es üblich, dass die ältere Generation irgendwann den Hof an die jüngere abgab und sich aufs wohlverdiente Altenteil zurückzog. Dazugehörige Sitten und Gebräuche unterschieden sich vor allem regional.

In manchen Gebieten wurden die Höfe mehr oder weniger gleichmäßig auf alle oder zumindest mehrere Erben verteilt, wobei diese Erben auch die Versorgung der Eltern unter sich aufteilten. Dies hatte den Nachteil, dass sich Besitz und Wohlstand ebenfalls immer weiter aufteilten, oft bis zu dem Punkt, an dem die eigene Existenzgrundlage nicht mehr gewährleistet war – geschweige denn die Unterstützung älterer Generationen.

In anderen Regionen wiederum war es üblich, den Hof an einen einzelnen Erben, in den meisten Fällen an den ältesten Sohn, weiterzugeben. Dies hatte den Vorteil, dass der Familienbesitz in der Regel als Ganzes erhalten blieb, wodurch auch die Altersversorgung der älteren Generation stärker abgesichert wurde. Ebenfalls ermög-

lichte dieses Modell die Entstehung von „Traditionshöfen“, welche oft über Generationen im Besitz derselben Familie blieben. Benachteiligte Nachkommen heirateten entweder in andere Höfe ein oder blieben Teil der Hofgemeinschaft. In Fällen, in denen es keine Erben gab, überschrieben die Landwirte ihren Besitz häufig an ein Kloster, in dem sie als Gegenleistung im Alter versorgt wurden.

Landbesitz entschied im Mittelalter über die Lebensqualität im Alter

Ein festes Rentenalter gab es noch nicht. In einer untersuchten Region in Österreich reichte die Altersspanne bei der Hofübergabe vom 37. bis zum 81. Lebensjahr, wobei eine Übergabe im Alter zwischen 50 und 65 Jahren die Regel war.

Der Ruhestand bedeutete allerdings nicht immer unbedingte Ruhe. Häufig hatten die Ruheständler weiterhin bestimmte Aufgaben im gemeinsamen Haushalt zu erfüllen, manchmal besaßen sie noch einzelnes Vieh oder eine kleine Landparzelle. Schlechter hatten es in vielen Regionen die Landarbeiter ohne eigenen Grundbesitz. Nur selten konnten diese im Alter permanent an dem Hof bleiben, auf dem sie ihr Arbeitsleben verbracht hatten. In der Regel wurden sie in der ganzen Region herumgereicht, bekamen mal auf diesem, mal auf jenem Hof für einige Zeit ihr Gnadenbrot, bevor sie zum nächsten Hof weiterziehen mussten. So waren sie oft als unliebsame „nutzlose Esser“ stigmatisiert und mussten häufig Demütigungen durch ihre jeweiligen Versorger erleiden. Aus dem österreichischen Lammertal ist ein Fall überliefert, in dem ein alter Knecht bei einem geizigen reichen Bauern, der ihn

Landarbeiter bekamen im Alter mal auf diesem, mal auf jenem Hof für einige Zeit ihr Gnadenbrot



Foto: pixabay.com



Altenteil, Leibrente, Gnadenpension

vorübergehend versorgte, schwer krank wurde. Da der Bauer nicht für Behandlung und Beerdigung aufkommen wollte, ließ er den alten Knecht kurzerhand auf eine Schubkarre setzen und auf dem Land des benachbarten Gutes abladen, um die Kosten auf seinen Nachbarn abzuwälzen.

In städtischen Gesellschaften war eine familiäre Altersversorgung eher ungewöhnlich. Handwerker wurden im Alter zumindest in manchen Städten von ihren Zünften unterstützt. So hatten ältere Meister oft das Vorrecht bei der Auswahl von Gesellen, die sie bei der Arbeit entlasten konnten. Ansonsten musste privat vorgesorgt werden. Oft schlossen Stadtbewohner und Zünfte Leibrentenverträge oder Verträge mit Bürgerspitälern ab. Hierbei zahlten sie während ihres Arbeitslebens in entsprechende Kassen ein, um später im Alter versorgt zu sein. Stadtbewohner, die nicht in Zünften eingebunden waren oder nicht genug verdienten, um privat vorzusorgen, verbrachten ihren Lebensabend oft im Armenhaus, welche in der Regel aus Spenden wohlhabender Bürger*innen und von Zünften finanziert wurden. Aber auch diese Armenhäuser galten als Privileg für jene, die in einer Stadt geboren wurden. Zugezogenen Menschen blieb nach Verlust ihrer Arbeitskraft oft nur die Möglichkeit zu betteln, was wiederum in vielen Fällen dazu führte, dass sie aus der Stadt vertrieben wurden.

Das System der Leibrente entdeckten ab dem 17. und 18. Jahrhunderts auch viele Fürsten für sich. Diese nutzten Leibrentenverträge häufig als temporäre Geldquelle, um Kriege oder Bauprojekte zu finanzieren. Die Geldgeber erhielten dafür im Alter eine Rente. Die Zahlungsmoral vieler barocker Fürsten war bekanntermaßen eher schlecht, dennoch sind dem Autoren dieses Artikels Fälle, in denen ein Landesherr die spätere Auszahlung verweigerte, nicht bekannt.

Staatliche Zuwendungen im Absolutismus

In die Zeit des Barocks fallen auch die Einführung erster gesetzlicher Pensionssysteme, zunächst jedoch nur für Beamte und Militärs. Beamtenpensionen gab es zunächst entweder in Form von Emeritierung oder einer „Gnadenpension“. Im ersteren Fall behielt ein Beamter offiziell seine alte Funktion, de facto wurde diese jedoch von einem jüngeren weitergeführt, dessen Bezüge sich beide teilten. Dafür wurde dem jüngeren Beamten die Amtsnachfolge versprochen. Gnadenpensionen wiederum waren Geldzahlungen des Fürsten an seine pensionierten Beamten. Diese Zahlungen waren jedoch keineswegs gesetzlich festgelegt und konnten stark variieren, je nach Lust und Laune des Fürsten beziehungsweise Beliebtheit und wahrgenommenem Verdienst des Beamten.

*Gerade in der Frühphase der Industrialisierung sorgten die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen dafür, dass nur die wenigsten Arbeiter*innen das Rentenalter erreichten*

Ähnlich verhielt es sich bei der Versorgung dienstunfähiger Soldaten: Hierbei ließ man sich zunächst von mehr oder minder bewährten Konzepten wie dem Armenhaus inspirieren und schuf Einrichtungen zur Unterbringung und Ernährung. Die erste ihrer Art in Europa war das „Hôtel des Invalides“, 1674 in Paris gegründet. Im deutschen Sprachraum entstanden 1705 in Preußen und 1728 in Österreich ähnliche Einrichtungen. Diese Invalidenhäuser erwiesen sich jedoch schon bald als zu klein. Als Alternative gewannen daher geringe Zahlungen an ehemalige Soldaten eine immer größere Bedeutung, welche jedoch zunächst eher den Charakter von Almosen hatten.

Zu guter Letzt gab es noch verschiedene Gruppen nichtverbeamteter Arbeiter im Staatsdienst. Bergwerke waren bis ins 19. Jahrhundert hinein in der Regel im Besitz des Landesfürsten. Dass die Bergleute in Notsituationen eine Zuwendung des Fürsten erwarten konnten, hatte eine lange Tradition. Anders als bei Beamten bestand diese jedoch häufig nur aus einzelnen oder zeitlich begrenzten Zahlungen, keine regelmäßigen. Auch kannten diese frühen Formen staatlicher Grundversicherung bereits Sanktionen: So wurde zum Beispiel 1751 im österreichischen Salzkammergut einem alten Salinenarbeiter die Pension entzogen, da er vor dem zuständigen Salzamt nicht den Hut gezogen hatte.

Alle diese Zuwendungen hatten jedoch eher den Charakter freiwilliger Almosen von Seiten der Fürsten, als dass sie als unveräußerliches Recht wahrgenommen wurden.

Erste Gesetze

Im Laufe des 18. Jahrhunderts gab es einige Versuche, die Altersversorgung von Staatsbediensteten zu vereinheitlichen und gesetzlich zu verankern. Nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen wurde 1781 in Österreich von Joseph II. mit der „Pensions-Normale“ das erste zusammenfassende Pensionsgesetz verabschiedet. Beamten stand vom 10. bis zum 25. Dienstjahr eine Pension in Höhe eines Drittels ihres Gehalts zu, die Hälfte zwischen dem 25. und 40. Dienstjahr und zwei Drittel ab dem 40. Dienstjahr. Damit hatte erstmals zumindest die Beamtenschaft einen gesetzlichen Anspruch auf eine genau festgelegte Altersversorgung.

Andere Staaten folgten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nach, so Frankreich 1790, 1803 Bayern, 1809 Baden. In Preußen wurde zwar 1825 eine Pensionsversicherung eingeführt, diese war jedoch bis 1872 nicht gesetzlich gesichert. Auf Grundlage dieser zunächst für Beamte gedachten Gesetze bahnte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts langsam der Weg zu einer gesetzlichen Rentenversicherung.

Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel

Das 19. Jahrhundert brachte gänzlich neue Formen der Arbeit und des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit sich. Immer mehr Menschen zog es in die Städte, wo sie zum Teil



unter unwürdigsten Arbeits- und Lebensbedingungen in den neu entstehenden Fabriken Anstellung fanden. Auf der anderen Seite gab es zahlreiche Innovationen in der Medizin, die dafür sorgten, dass zum Ende des Jahrhunderts ein immer größerer Anteil der Bevölkerung ein höheres Alter erreichte.

Vor der Entstehung einer gesetzlichen Rentenversicherung gab es verschiedene Ansätze zur Altersversorgung der neuen Arbeiterschaft. Nicht zuletzt aufgrund der oft sehr schlechten Arbeitsbedingungen gründeten sich verschiedene Selbsthilfeorganisationen. Viele dieser Organisationen bemühten sich zwar – mit wechselndem Erfolg – ihre Mitglieder gegen krankheits- oder unfallbedingte Berufsunfähigkeit abzusichern, jedoch ist nur ein Fall bekannt, in denen eine britische Minenarbeiterorganisation 1862 so etwas wie eine funktionierende Altersversorgung organisierte – wengleich die letztlich ausgezahlte Rente sehr gering war. Versuche in diese Richtung gab es auch auf dem Kontinent einige: Die meisten scheiterten häufig am fehlenden Interesse der Arbeiterschaft selbst. Gerade in der Frühphase der Industrialisierung sorgten die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen dafür, dass trotz der medizinischen Innovationen weiterhin nur die wenigsten Arbeiter*innen das Rentenalter erreichten.

Diverse Arbeitgeber begannen, in ihren Betrieben Firmenpensionen einzuführen. Die hatte meist den Zweck, Angestellte enger an den Betrieb zu binden, die Arbeitsmoral zu erhöhen, und, in manchen Fällen, Wirtschaftsspionage durch unterbezahlte Arbeiter*innen und Angestellte zu unterbinden. Diese Pensionssysteme kamen vor allem in Bergbau- und

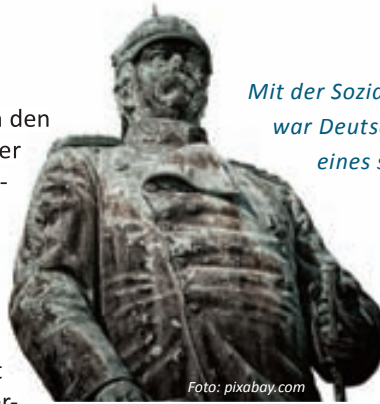


Foto: pixabay.com

Mit der Sozialgesetzgebung Otto von Bismarcks war Deutschland weltweit Vorreiter beim Aufbau eines staatlichen Sozialsystems

Eisenbahngesellschaften, Banken und Versicherungen vor. Solche privaten Initiativen alleine konnten jedoch der Altersarmut ganzer Bevölkerungsschichten nicht entgegenwirken. Gleichzeitig jedoch begannen Arbeiter*innen und Angestellte sich immer stärker zu organisieren und heute als selbstverständlich geltende Rechte einzufordern.

Vor diesem Hintergrund sah sich auch ein erzkonservativer Reichskanzler Bismarck dazu gezwungen, gleichzeitig zu seinen repressiven Sozialistengesetzen die weltweit erste gesetzliche Renten- und Krankenversicherung einzuführen. 1883 verabschiedete der Reichstag das Gesetz für eine allgemeine Krankenversicherung, ein Jahr später eines zur Unfallversicherung, während die allgemeine Rentenversicherung schließlich 1889 eingeführt und ab 1891 ausgezahlt wurde.

Dies ist freilich noch nicht das Ende in der Geschichte der Altersversorgung oder der Arbeitnehmerrechte im Allgemeinen. Die letzten 130 Jahre waren voller Kontroversen, Gesetzen, Initiativen und (oft gebrochener) Versprechungen. Vielleicht hilft dieser Artikel jedoch, die Anstrengungen der Arbeiterbewegung auf dem langen Weg zu einer geregelten Altersversorgung wertzuschätzen. ■

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

- Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Ausgedient? Nachrichten vom »Waren-Leben im Falschen« im »Betriebsspiegel«
- Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Antizyklisch? Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

»...immer noch kein Aufbruch zum Sozialismus«

»...immer noch kein Aufbruch zum Sozialismus«

Probexemplar gewünscht?
 Einfach per Mail oder telefonisch bestellen
 10 Ausgaben im Jahr – kompakte Hintergrundinformationen zu aktuellen, brisanten Themen der Arbeitswelt weltweit

Redaktion express
Niddastraße 64
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84
Email: express-afp@online.de
www.express-afp.info

DER BRATWURSTMANN

DIE BESTEN BRATWÜRSTE DER STADT.

Bekannt geworden durch unseren mobilen Bratwurststand, haben wir uns nun mit einem Ladenlokal, an der Bahnhofstraße niedergelassen.

Neben der besten Bratwurst der Stadt, bieten wir euch jetzt auch allerhand weiterer Leckereien an.

Kommt vorbei und lasst es euch schmecken!

Öffnungszeiten: Mo. - Sa. von 11:00 bis 19:00 Uhr

Bahnhofstraße 24, 48143 Münster

(direkt am HBF / neben dem GOP Theater)

Kurzmeldungen & Tipps

NEUES PROGRAMM ZUR ARBEITSFÖRDERUNG

Das Bundesarbeitsministerium hat 2019 eine neue Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose gestartet. Das neue Programm heißt „Teilhabechancengesetz“ und ersetzt und erweitert das bis Ende 2018 wirksame „Programm für soziale Teilhabe“. Das Jobcenter Münster fördert auf diesem Wege 120 Arbeitsplätze für Menschen, die besonders lange im Hartz-IV-Leistungsbezug sind. Die Förderung dauert bis zu fünf Jahre. 40 dieser Stellen sollen bei der Stadt Münster angesiedelt sein, 40 bei gewerblichen Arbeitgebern und 40 bei frei-gemeinnützigen Trägern. Die letzte Gruppe hat ihr Soll relativ zügig erfüllt, fast 40 Stellen sind besetzt. Bei den anderen beiden Gruppen kommt nur zäh etwas auf den Weg.

Das Beschäftigungsprogramm ähnelt den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die insbesondere in den 1980er- und 1990er-Jahren geholfen haben, Langzeitarbeitslose einzugliedern und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Mit den Hartz-Reformen waren solche Maßnahmen zur Arbeitsförderung abgeschafft worden. Arbeitslose galten von nun an als „selber

schuld“ und als alleinverantwortlich für ihren beruflichen Wiedereinstieg. Es ist gut, dass sich nun ein wenig gesellschaftliche Verantwortung rührt.

Dieser Schritt kann nur ein Anfang sein. Zum Vergleich: Aktuell stehen den 120 möglichen Stellen 7767 Arbeitslose gegenüber. Im September 1990 zählten wir in Münster 8435 Arbeitslose, gleichzeitig waren 632 ABM-Stellen besetzt (Arbeitsamt Münster, Presseinformation vom 4. Oktober 1990).

EIN TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN: MEHR WOHNRAUM FÜR MENSCHEN MIT GERINGEREM EINKOMMEN

Wie die Stadt Münster meldet, ist die Zahl der neu geförderten Mietwohnungen, die in Münster preisgünstig auf den Markt kommen, gewachsen und wachse weiter. In den vergangenen Jahren sei die Anzahl der Bewilligungsbescheide kontinuierlich gestiegen, die das städtische Amt für Wohnungswesen und Quartiersentwicklung verschickt: 2015 seien Fördermit-

tel für 153 Sozialwohnungen, 2016 schon 261 und 2017 gar 310 vergeben worden. 2018 seien die Fördermittel für 385 Wohnungen vergeben worden. Diese Wohnungen würden in ein bis zwei Jahren bezugsfertig sein. Jetzt habe das das NRW-Bauministerium weitere Fördermittel für das Jahr 2019 in Höhe von 39,2 Millionen Euro zugesagt. Damit können wieder ca. 300 sozial geförderte Wohnungen in Münster finanziert werden, so die Stadt. Darüber hinaus stelle das Land zusätzlich Sonderkontingente aus den Bereichen Quartiersentwicklung und studentisches Wohnen zur Verfügung, mit denen weitere soziale geförderte Wohnungen finanziert werden können.

Auch der absolute Bestand der geförderten Mietwohnungen in Münster konnte in den vergangenen Jahren weiter erhöht werden und stieg von 7997 (in 2017) auf 8135 Wohnungen im Juni 2018, so die Stadt Münster.

„Diese Unterstützung ist ein wichtiger Beitrag, damit die wachsende Stadt Münster auch für Menschen mit geringeren Einkommen passenden Wohnraum bereit stellen kann“, so Matthias Peck, Dezernent für Wohnraumversorgung.

Die Stadt hatte 2017 zugesagt, pro Jahr 2000 Wohnungen bauen zu lassen und davon mindestens 600 Wohnungen mit sozialer Bindung. Die Stadt hat also ihr ursprüngliches Ziel bislang nur zur Hälfte erreicht. Zumal von 2018 auf 2019 die Landesförderung wohl wieder von 385 auf etwa 300 geförderte Wohnungen mit Sozialbindung sinken wird.

Bei insgesamt über 30.000 bezahlbaren Wohnungen (s. Seite 16), die in Münster fehlen und deren Zahl in einer wachsenden Stadt in Zukunft weiter zunehmen dürfte, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum vorzeitigen Jubel besteht also kein Anlass.



Foto: Agneta Becker

In Münster fehlen über 30.000 bezahlbare Wohnungen

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
Kündigung? Hohe Nebenkosten?

Mieter/innen-Schutzverein
Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10
48143 Münster (Nähe HBF)
mo - do: 9 - 13 und 14 - 18 Uhr
fr: 9 - 12 Uhr

www.mieterschutzverein-muenster.de

(0251) 51 17 59

**Kompetent.
Schnell.
Preiswert.**

NRW-LINKE FORDERT: CONTAINERN ENTKRIMINALISIEREN

Der Hamburger Justizsenator Till Steffen plant für die kommende Konferenz aller Justizminister*innen einen Gesetzesentwurf, der das sogenannte „Containern“, die Entnahme und Weiterverwendung von noch essbaren Lebensmitteln aus Mülltonnen, entkriminalisieren soll. Dazu erklärt Jules El-Khatib, stellvertretender Landessprecher der LINKEN NRW: „Immer wieder werden Menschen, auch in NRW, angeklagt, weil sie noch haltbare Lebensmittel aus Mülltonnen entwendet haben. Dies ist bisher strafbar, obwohl die Lebensmittel danach vernichtet werden. Die Idee des Hamburger Justizsenators Till Steffen, Containern zu entkriminalisieren, kann daher nur begrüßt werden. Wir fordern die Landesregierung von NRW auf, sich dem Hamburger Vorschlag anzuschließen und deutlich zu machen, dass es kein Verbrechen ist, wenn Menschen aus Hunger Essen aus dem Müll nehmen.“ Sascha Wagner, Landesgeschäftsführer der Linken NRW, ergänzt: „In Frankreich müssen Lebensmittelhändler mit mehr als 400 Quadratmetern Ladenfläche Essen, welches noch gut ist, spenden, wenn sie es nicht verkaufen wollen. Eine solche Lösung wäre auch für Deutschland ein wichtiger Schritt gegen Lebensmittelverschwendung und gegen den Hunger, der immer mehr Menschen betrifft.“

Gegen Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass Justizsenator Steffen mit seinem Vorstoß vorerst gescheitert ist. Das Containern bleibt bis auf Weiteres offiziell verboten. Bei einem Treffen der Justizminister der Bundesländer am 6. Juni stimmte eine Mehrheit der CDU-Länder gegen seinen Antrag, das Containern zu legalisieren.

MEHR WOHNGELD IM NÄCHSTEN JAHR

2020 gibt es für Bezieher*innen von Wohngeld mehr Geld. Geringverdiener*innen erhalten diese Sozialleistung, wenn ihr Verdienst nicht für die Unterhalts- und Mietkosten reicht. Ohne eine zusätzliche Unterstützung wären diese Menschen abhängig von der Grundsicherung des Hartz-IV-Systems.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat Zahlen dazu veröffentlicht, was die Reform der Bundesregierung bewirken wird. Demnach erhöhen sich die Wohngeld-Haushalte von derzeit einer halben Million auf etwa 660.000. Der Durchschnittsbezug wird dann nicht 147 Euro, sondern 158 Euro betragen. Anders als bei Hartz IV wurden die Wohngeldsätze in der Vergangenheit nicht automatisch erhöht, es gab immer wieder nur eher spärliche Anpassungen an die gesamtwirtschaftliche Lage und zwar in den Jahren 2001, 2009 und 2016. Nun also erfolgt die regelmäßige Inventur, vorgesehen ist sie alle zwei Jahre.

Bisher passierte es gar nicht selten, dass durch die jährliche Inflationsrate und höhere Mietkosten vielen Wohngeldbezieher*innen diese Unterstützung nicht mehr zum Lebensunterhalt reichte und sie als Folge dessen ins Hartz-IV-System rutschten.

Die IW-Ökonom*innen fordern nun eine Fortführung der beschlossenen Maßnahmen. Konkret: Da es im Hartz-IV-System viele sogenannte Aufstocker*innen gibt, also Menschen, die durch ihre Arbeit den Lebensunterhalt nur bedingt sichern können (sehr häufig eingeschränkt durch die hohen Wohnkosten in den großstädtischen Ballungsräumen). Nach dem Willen des IW sollen diese Betroffenen dauerhaft weg von Hartz-IV ins Wohngeldsystem integriert werden.

Ein weiterer Vorschlag des Instituts ist, den „Kinderzuschlag für Familien“ besser abzustimmen. Statt zwei getrennte Anträge solle es einen gemeinsamen geben, der sowohl Wohngeld als auch den Zuschlag beinhaltet. Zum besseren Verständnis: „Kinderzuschlag für Familien“, eine gesonderte Sozialleistung, ist nicht zu verwechseln mit dem geläufigeren „Kindergeld“.

Foto: Agneta Becker



FAMILIENFÖRDERUNG FÜR BESSERVERDIENENDE

Zum 1. Juli 2019 steigt das Kindergeld um zehn Euro. Für das erste und zweite Kind bekommen alle Eltern ab dann 204 Euro im Monat, für das dritte 210 Euro und für jedes weitere 235 Euro.

UMWELT
TIPP

der städtischen
Umweltberatung
Münster

KLEIDUNG: ÖFTER ZU „SOZIALEN UND FAIREN KLAMOTTEN“ GREIFEN

Konventionelle Kleidung birgt zahlreiche Probleme wie: starker Chemikalieneinsatz in Baumwollplantagen, intensive Bewässerung und ein starkes Absenken des Grundwasserspiegels in den trockenen

Giften und durch die katastrophalen Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in den Fabriken des globalen Südens. Ganz nebenbei werden die Textilien Tausende Kilometer um die Welt geflogen oder geschifft, bis sie in unseren Läden landen.

Jedes Unternehmen kann seine Textilprodukte als öko oder fair bewerben, denn es sind keine geschützten Begriffe. Die Umweltberatung der Stadt Münster kennt die Siegel, die hohe ökologische Standards garantieren und die, die weniger empfehlenswert sind.

Kleidung muss aber nicht immer neu sein. Sie kann verändert, getauscht oder verschenkt werden. Die Umweltberatung rät: wählen Sie konsequent „soziale und faire Klamotten“. Eine Übersicht der Secondhand-Läden und der Kleidungsgeschäfte mit fair und ökologischer Kleidung in Münster ist im Ratgeber der Uni Münster „Nachhaltig durch Münster“ zu finden, der in der städtischen Umweltberatung kostenfrei zum Abholen bereitliegt.

Umweltberatung der Stadt Münster;
Tel. (0251) 492 67 67,
www.stadt-muenster.de/umwelt

STADT MÜNSTER
Presseamt

Mehr als ...
Ludgeri & Lamberti

www.muenster.de



Baumwoll-Anbaugeländen, Einsatz giftiger Chemikalien zum Färben der Stoffe, die in die Flüsse abgeleitet werden, negative gesundheitliche Nebenwirkungen für die Arbeiterinnen, Kinder- und Zwangsarbeiter*innen durch die Arbeit mit

Kurzmeldungen & Tipps

Das Kindergeld gibt es zusätzlich zum Einkommen. Die genannten Summen sind die staatliche Familienförderung im mittleren Einkommensbereich.

Doch Familienförderung nur für Besserverdienende sieht so aus: Der Kinderfreibetrag ist zum 1. Januar 2019 angehoben worden und erhöht sich zum 1. Januar 2020 – um jeweils 192 Euro. Das bedeutet: Verdient ein Ehepaar mehr als etwa 64.000 Euro im Jahr oder 6333 Euro im Monat, dann bekommen sie über den sogenannten Kinderfreibetrag eine Steuerentlastung, die höher ist als das Kindergeld. Wer dagegen nach den Regeln des Jobcenters Arbeitslosengeld II (Alg II bzw. Hartz IV) bezieht, dessen Kindergeld verrechnet sich mit dem Alg II. Die zehn Euro mehr von der Kindergeldkasse wird dann das Jobcenter beim Alg II kürzen. Zwei Millionen Kinder unter 18 Jahren leben in Hartz-IV-Familien, dazu kommen junge Erwachsene, die beispielsweise in der Ausbildung ebenfalls Kindergeld bekommen können. Ihnen allen entgehen wegen dieser Anrechnung bundesweit etwa fünf Milliarden Euro Kindergeld im Jahr, so eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken.

EU WILL DIE ENERGIEARMUT MESSEN

Es gibt einen neuen Vorschlag der Europäischen Union, jährlich die Energiearmut zu messen. Energiearmut ist ein neuer Begriff: Er bedeutet, dass Menschen so arm sind, dass sie die Strom- und Heizungskosten nicht mehr begleichen können. Und wenn sie etwa die Stromrechnung mehrmals nicht beglichen haben, wird ihnen von den Energieversorgern der Strom abge-

DIE GGUA WIRD 40: WIR GRATULIEREN!

Nach über 100.000 Beratungen für Asylsuchende, andere Geflüchtete und Arbeits- und studentische Migranten wurde die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) am 5. April 2019 40 Jahre alt. Die Sperre-Redaktion gratuliert deshalb ausdrücklich zu diesem runden Jubiläum!

Marita Otte (Aufsichtsrätin), Volker-Maria Hügel (Projekt Q), Hevron Ala (Migrations- und Flüchtlingsberaterin) und Theresa Küppers (Aufsichtsrätin) warfen bei einem Pressegespräch einen Blick in die bewegte Geschichte des Vereins. Gründungsmitglied Volker-Maria Hügel schilderte die Anfangszeit: Die GGUA bekam zunächst keine Anerkennung durch Politik und Gesellschaft. Nur ein wenig Solidarität kam von den Gewerkschaften.

Die gute Vernetzungsarbeit von Spyros Marinos (gest. 13.01.2017) und VMH, wie Volker-Maria Hügel auch genannt wird, erfuhr bald eine gewisse Anerkennung. Eine der ersten Aktionen war die Unterstützung der Asylsuchenden in der Asylunterkunft Grevenener Straße 69. Die Wohnbedingungen dort waren schon katastrophal genug. Dazu kam ...

➔ Weiterlesen können sie diesen Text auf unserer neu überarbeiteten Seite www.sperre@online.de im Internet. Dort finden sie viele interessante und aktuelle Infos, weitere Texte und Tipps unserer Online-Redaktion.



Foto: Jan Große Nobis

dreht. Sie sind dann von sogenannten Stromsperren betroffen.

Für die Bundesregierung scheint dieser Vorschlag wenig Bedeutung zu haben. Sonst hätte es nicht einer kleinen Anfrage der Grünen im Bundestag bedurft, um die vorliegenden Zahlen für 2017 bekannt zu machen. Demzufolge ist deutschen Stromkunden im Jahr 2017 zirka 340.000 mal der Strom abgestellt worden. Auch der durchschnittliche Zahlungsrückstand pro Einzelfall wurde in der Antwort der Bundesregierung genannt: Er betrug 117 Euro. Dabei ist zu bedenken, dass weitere Folgekosten entstehen – durch

Kosten für Mahnungen, Entsperrungen, Wiederaktivierungen. Von der Energiearmut ist in fast jedem zweiten Fall ein*e Hartz-IV-Empfänger*in betroffen.

Der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sven Lehmann, kommentiert die kleine Anfrage so: „Seit der Einführung von Hartz IV sind die Stromkosten stärker gestiegen als der Stromkostenanteil im Regelsatz.“ Er fordert deshalb eine jährliche Anpassung der Stromkostenpauschale an die Strompreisentwicklung. Doch auch andere Maßnahmen seien denkbar, so Lehmann: Warum die Stromkosten nicht direkt an den Stromerzeuger zahlen? (Anm. d. Redaktion: Ein Vorschlag, der etwas von Entmündigung hat!) Der Einwand, diese Lösung laufe dem Sparzwang zuwider, kann etwa dadurch entkräftet werden, dass gerade ärmere Haushalte nicht genügend Geld haben, ältere stromfressende Haushaltsgeräte gegen stromsparende neue auszutauschen. Auch Gutbetuchte werden bei der klimaneutralen Wohnungsbausanierung staatlich subventioniert. Warum also nicht auch hier? Viele Energieversorger haben dafür, so auch die Stadtwerke Münster, Beratungsstellen, die Hilfe anbieten. Sei es die Erstellung langfristiger Entschuldungspläne oder eine Begutachtung der Wohnung, um Sparpotentiale zu ermitteln. Letzteres zum Beispiel durch den „Stromsparcheck“. Der Basisaustausch alter durch neue – nicht nur strombetriebene Geräte (zum Beispiel wassersparende Duschköpfe) – ist in den meisten Fällen bei solchen Beratungsterminen vor Ort unentgeltlich.

Die Weigerung der Bundesregierung die Energiearmut zu messen und sie erst auf Anfrage zu benennen, ist beschämend, allemal beschämender als die Scham der betroffenen Menschen. ■

Am für Grünflächen,
Umwelt und
Nachhaltigkeit

STADT MÜNSTER

Umweltberatung ☰ ☎ **4 92 - 67 67**

Klima schützen
Nachhaltig Konsumieren
Strom- und Wassersparen
Schimmelpilze - was tun?
Umweltverträglich Renovieren
Wohngifte, Luftbelastung, Lärm
Richtiges Heizen und Lüften
Natur- und Artenschutz
Grün in der Stadt

Mit finanzieller Unterstützung der AMPELMANN GmbH

Wir beraten Sie im Stadtwerte CityShop
Salezstraße 21, 48143 Münster
umwelt@stadt-muenster.de
www.stadt-muenster.de/umwelt

Beratungszeiten:

Mo	13 - 18 Uhr
Di, Mi, Do	10 - 13 Uhr
3. Sa/Monat	10 - 16 Uhr

Urteile

EUGH MACHT ARBEITSZEITERFASSUNG ZUR PFLICHT

Jede Firma in Europa müsse die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter*innen systematisch erfassen, so der Europäische Gerichtshof (EuGH), damit Verstöße gegen die EU-Arbeitszeitrichtlinie verhindert werden können. Dazu sollen die EU-Mitgliedsstaaten zur Not eigene Gesetze verabschieden. Dies sei zwingend notwendig, um die Arbeitnehmer*innenrechte zu schützen. Es müsse eine Überprüfung möglich sein, ob Arbeitszeiten nicht überschritten und Ruhezeiten eingehalten werden.

Ein spanisches Unternehmen der Deutschen Bank war dort durch die spanische Gewerkschaft CCOO verklagt worden. Die Gewerkschaft wollte das Unternehmen verpflichten, die dort täglich geleisteten Arbeitsstunden aufzuzeichnen, um die Einhaltung der vorgesehenen Arbeitszeiten sicherzustellen.

Wie in Deutschland besteht in Spanien bislang nur eine Pflicht zur Erfassung der Überstunden. Das hatte aber Folgen: 53,7 Prozent der Überstunden in Spanien seien deshalb nicht erfasst worden.

Der DGB begrüßte die Entscheidung ausdrücklich: „Das Gericht schiebt der Flatrate-Arbeit einen Riegel vor – richtig so“, kommentierte



Foto: Agneta Becker

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Urteil. Die unbezahlten Überstunden würden sich seit Jahren auf einem inakzeptabel hohen Niveau bewegen. Das komme „einem Lohn- und Zeitdiebstahl gleich“, so Buntenbach. Innerhalb eines Jahres würden sich die Arbeitgeber*innen so rund 18 Milliarden Euro in die eigene Tasche erwirtschaften.

Europäischer Gerichtshof vom 14.05.2019 – Az. C-55/18

ABFINDUNG WIRD NICHT UM ANWALTSKOSTEN BEREINIGT

Die Anwaltskosten für die Vereinbarung einer Abfindungssumme im Arbeitsgerichtsprozess nach einer verhaltensbedingten fristlosen Kün-

digung wirken sich nicht mindernd auf die Berechnung des Ruhenszeitraumes des Arbeitslosengeldanspruchs aus, so das Landessozialgericht (LSG) NRW.

Der*die Kläger*in wurde verhaltensbedingt fristlos gekündigt. Nach der Kündigung schlossen der Kläger*in und Arbeitgeber*in im Kündigungsschutzklageverfahren vor dem Arbeitsgericht einen Vergleich. Das Arbeitsverhältnis wurde zum 31.10.2017 beendet und eine Abfindung in Höhe von 30.150 Euro vereinbart.

Die beklagte Bundesagentur für Arbeit gewährte dem*der Kläger*in Arbeitslosengeld. Stellte aber zugleich das Ruhen des Anspruchs für 108 Tage fest. Da das Beschäftigungsverhältnis ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist beendet worden sei, ruhe der Anspruch auf Arbeitslosengeld gemäß § 158 SGB III. Bei der Berechnung des Ruhenszeitraums wurde die gesamte Entlassungsentschädigung berücksichtigt.

Der*die Kläger*in machte dagegen geltend, dass der Ruhenszeitraum lediglich 98 Tage betrage. Schließlich seien von der Abfindungssumme die Kosten seines bevollmächtigten Rechtsanwalts im Arbeitsgerichtsprozess abzuziehen. Diese seien in die Abfindung einkalkuliert worden.

Das LSG folgte der Auffassung des*der Kläger*in nicht: „Das Gesetz regle die Anrechnung einer Entlassungsentschädigung vielmehr in pauschalierter und typisierter Form durch gestaffelte Freibeträge abhängig von dem Alter des Arbeitnehmers und der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Dabei seien – verfassungsrechtlich unbedenklich – gewisse Härten hinzunehmen“, so das Gericht. Der Kläger habe es im Übrigen versäumt, in den Vergleich eine ausdrückliche Regelung über diese Kosten aufzunehmen.

Landessozialgericht NRW, vom 11.04.2019 – Az. L 9 AL 224/18

LEG IN MÜNSTER: NEBENKOSTEN FÜR HAUSWART MÜSSEN MIETER*IN ERSTATTET WERDEN

Die in der Nebenkostenabrechnung 2017 aufgeführten 67,94 Euro sind dem Kläger zuzüglich fünf Prozent Zinsen zu erstatten, so das Urteil des Amtsgerichts Münster (6 C 1967/18). Damit hat sich ein*e Mieter*in aus dem Stadtteil Berg Fidel mit einer Klage beim Amtsgericht Münster gegen die LEG durchgesetzt.

Die LEG hatte vor Gericht keine Abrechnungsunterlagen zu den geforderten Kosten für den Hauswart vorgelegt. Deshalb akzeptierte das Gericht in diesem Punkt die Nebenkostenabrechnung nicht.

Aber auch für den „Müllservice“ und die Haus-

reinigungskosten (80 Euro) konnte die LEG keine Abrechnungen vorlegen. Somit müssten diese erstattet werden. Ebenso hätten die Ausgaben für Sperrmüll nicht auf alle Mieter*innen umgelegt werden dürfen. Somit bekommt der*die Mieter*in einen insgesamt dreistelligen Eurobetrag erstattet.

„Dies sollte alle LEG-Mieter*innen ermutigen, bei den Nebenkosten zumindest gegen die Position ‚Hauswart‘ Widerspruch zu erheben und die Vorlage der entsprechenden Vertragsunterlagen und Arbeitsnachweise zu verlangen“, so die LEG-Mieter*innen-Initiative Münster.

Amtsgericht Münster vom 17.01.2019 – Az. 6 C 1967/18

Weitere Infos: <https://www.facebook.com/LEGmIS/posts/2684696541544803>



Foto: Thomas Krämer

AUCH VONOVIA VERLIERT VOR RICHTER IM „HAUSWART-STREIT“

Wie das Handelsblatt berichtet, hat der Wohnungskonzern Vonovia in einem richtungsweisenden Verfahren vor dem Amtsgericht München im Streit um die Kosten für den Hauswart gegen eine*n seiner Mieter*innen verloren. Der klagende Mieter hatte seine Nebenkostenabrechnung moniert, nachdem im Jahr 2013 der Posten für Hausmeister und Handwerker von 20.000 auf 60.000 Euro gestiegen war. Die Vonovia hatte von externen Dienstleistern auf hauseigene Tochterfirmen umgestellt.

Mit Hilfe des Münchener Mietvereins erhielt der Kläger zwar eine Aufstellung der Tätigkeiten der Objektbetreuer. Es fehlte aber die Aufstellung der einzelnen Kosten zu diesen Tätigkeiten. Deshalb klagte der Mieter vor dem Amtsgericht.

Dieses folgte der Argumentation des Klägers: Die Betriebskostenabrechnung sei zwar formell ordnungsgemäß, materiell aber nicht. Das Handelsblatt zitiert aus der Urteilsbegründung: Die Beklagte „hat nicht nachvollziehbar vorgetragen, wie sich die Gesamtkosten von 59.901,70 Euro ergeben“. Vonovia habe somit dem Kläger keine ausreichende Belegeinsicht gewährt.

Die Tatsache, dass Vonovia seit 2010 vermehrt hauseigene Tochterfirmen beauftragt, hat das Gericht nicht moniert. Grundsätzlich stellte das Gericht aber klar, dass Vermieter*innen



Foto: Agneta Becker

grundsätzlich aus Betriebskosten keinen Gewinn erzielen dürfen. Vonovia hatte eingeräumt, dass die entsprechende Tochtergesellschaft Gewinne aus der Betreuung der Häuser erzielt habe. Das Gericht stellte klar: „Zumindest darf die Beklagte nicht einem ihr verbundenen Unternehmen zu Lasten der Mieter Gewinne verschaffen.“ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das Gericht hat eine Berufung zugelassen. Vonovia prüfe dies, erklärte ein Sprecher gegenüber dem Handelsblatt. Die Zeitung zitiert auch den Geschäftsführer des Mietervereins München, Volker Rastätter, der den Kläger unterstützt hatte: „Wenn das Landgericht das Urteil bestätigt, dann

wäre zumindest für den Münchner Raum klar, dass Vonovia hier auf diese Art und Weise Betriebskosten nicht abrechnen darf.“ Der Münchner Mieterverein prüfe bei positivem Ausgang dieses Verfahrens eine Musterfeststellungsklage. *Amtsgericht München vom 26.04.2019 – Az. 461 C 21735/17*

JOBCENTER MUSS PERSONALAUSWEIS-DATEN LÖSCHEN

Am Dienstag, 30. April 2019, hat das Landessozialgericht (LSG) von Berlin-Brandenburg entschieden, dass die Klägerin, eine ehemalige Hartz-IV-Bezieherin, einen Anspruch auf Löschung der gespeicherten Daten des Personalausweises aus der elektronischen Akte des Jobcenters hat. Nach jahrelangem Bezug von Hartz IV beantragte die Klägerin die Löschung sämtlicher Lichtbilder und der Kopien der Personalausweise, Krankenversicherungskarten und Kontoauszüge aus ihrer Akte. Das Jobcenter lehnte dies ab und behielt die Daten in der elektronischen Akte. Die Klägerin erhob Klage beim Sozialgericht in Schleswig, das Gericht wies die Klage aber zunächst ab. Daraufhin legte die Klägerin Be-

Urteile

rufung ein. In einem Bericht der Datenschützer „Rhein Main (dDRM)“ hieß es, die Klägerin begründete die Berufung damit, dass für die Identitätsfeststellung nur eine Datenerhebung aber keine Datenspeicherung notwendig wäre. Dazu gäbe es andere Arten der Datenspeicherung, wie zum Beispiel das Speichern einiger bestimmter Daten der Ausweise. Hinzu komme, dass bestimmte Daten, die auf dem Ausweis vermerkt seien, wie zum Beispiel die Augenfarbe, nicht für den Leistungsbezug relevant seien. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg gab der Klägerin in der Berufung Recht. In der Urteilsbegründung hieß es, dass die Klägerin das Recht hat, vom Jobcenter zu verlangen, dass betreffende persönliche Daten unverzüglich gelöscht werden, und dass das Jobcenter verpflichtet ist diese zu löschen, sofern die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind. Eine Revision seitens des Jobcenters wurde vom Landessozialgericht Berlin Brandenburg nicht zugelassen. *Landessozialgericht Berlin-Brandenburg vom 30.04.2019 – Az. L 26 AS 2621/17*

Langeweile? Lust auf was Neues?

Komm ins Bennohaus und erweitere deinen Horizont!

Ab September im Programm:

digital

Das Android-Smartphone
Apps für Android
Excel
Datenschutz
Online Banking

Fortbildungen

Crossmedia-Journalismus
PR/Kulturmanagement
Projektmanagement

engagiert

Politische Bildung
„Hitlers Tischgespräche“
Interkulturelle Begegnung

grün

Vegan kochen
Gewürzseminare
Gesundheitsvorträge
Period Circle
Pedelec-Kurse

kreativ

Tanzen 50+
Gitarren- und
Klavierunterricht
Sportangebote
Gedächtnistraining
Sprachkurse

**BÜRGERHAUS
ENNOHAUS**
 Bennostraße 5
 48155 Münster
 Tel.: 0251 60967-3
 info@bennohaus.de
 www.bennohaus.de

Münster-Pass Besitzer*innen erhalten 50% Rabatt*. Bei Buchung bis zu 3 Wochen vorher: 5% Rabatt*.
*Fortbildungen, Tanz und Instrumentunterricht ausgenommen.

Das neue Programm gibt es ab Juli in der Münster-Information, Stadtbücherei, im Bennohaus oder unter www.bennohaus.de

**UMSTRUKTURIERUNG
NACH INSOLVENZ:
KEINE BESCHÄFTIGUNGSGARANTIE
FÜR SCHWERBEHINDERTE**

Schwerbehinderte genießen einen besonderen Kündigungsschutz. Wird aber ein Betrieb umstrukturiert, ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, einen passenden Arbeitsplatz zu schaffen. Das hat das Bundesarbeitsgericht entschieden.

Geklagt hatte ein schwerbehinderter Mann aus Nordrhein-Westfalen. Er war als Hilfsarbeiter in einem metallverarbeitenden Betrieb angestellt. Nach der Insolvenz des Unternehmens wurde mit dem Betriebsrat ein Interessenausgleich vereinbart, nachdem die Hilfsarbeiten auf andere Arbeitnehmer*innen umverteilt wurden. Damit fiel seine Stelle weg und er wurde betriebsbedingt gekündigt – trotz seiner Schwerbehinderung und des besonderen Kündigungsschutzes.

Das BAG sah im tariflichen Sonderkündigungsschutz gemäß § 113 Satz 1 InsO in diesem Fall keine Wirkung. Der Beschäftigungsanspruch aus § 81 Abs. 4 SGB IX aF (heute § 164 Abs. 4 SGB IX) komme hier nicht zum Tragen. Es habe keine geeignete Weiterbeschäftigungsmöglichkeit gegeben.

„Die Arbeitgeberin war nicht verpflichtet, für den Kläger einen Arbeitsplatz zu schaffen oder zu erhalten, den sie nach ihrem Organisationskonzept nicht mehr benötigt“, so das BAG.

Bundesarbeitsgericht vom 16.05.2019 – Az. 6 AZR 329/18



Fotos: pixabay.com

**HÄRTEFALL IST
BEI EIGENBEDARF
GENAU ZU PRÜFEN**

Geht ein*e Mieter*in wegen eines Härtefalls gegen eine Eigenbedarfskündigung vor, müssen die Gerichte die Fälle jeweils ausgiebig prüfen. Alter und/oder lange Mietdauer allein genügen nicht, damit ein Härtefall vorliegt, so der Bundesgerichtshof.

Im konkreten Fall hatte eine Familie geklagt, die seit 1974 in ihrer Wohnung wohnt. Die Mutter, die dort gemeinsam mit ihren Söhnen wohnt, ist seit zwei Jahren dement. Sie wehrte sich gegen eine Eigenbedarfskündigung unter Berufung auf die Härtefallklausel des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Das Landgericht Berlin hatte der Familie zunächst Recht gegeben. Die neuen Vermieter*innen hätten beim Erwerb der Wohnung gewusst, dass diese von einer sehr alten Dame bewohnt wird. Deren Rechte seien deshalb schützenswerter als das Recht auf Eigenbedarf der Vermieter*innen. Der BGH widersprach nun und verwies das Urteil zurück an die Vorinstanzen.

Begründet hat der BGH das Urteil wie folgt: Unerheblich sei, ob der Eigenbedarf des Vermieters schon beim Kauf der Wohnung bestand oder erst später eingetreten ist. Auch das Alter oder eine lange Mietdauer allein würden nicht genügen. Jeder Einzelfall müsse umfassend aufgeklärt werden. Zur Not müssten Sachverständige zur Überprüfung eines Attests hinzugezogen werden.

Bundesgerichtshof vom 22. 05.2018 – Az. VIII ZR 180/18

**ADOPTION VON STIEFKINDERN
AUCH OHNE TRAUSCHEIN MÖGLICH**

Das Bundesverfassungsgericht sieht das Verbot der Adoption von Kindern durch Partner*innen ohne Trauschein als verfassungswidrig an. Bisher war es nicht möglich, als Paar ohne Trauschein das Kind des*der Partners*in zu adoptieren.

Unverheirateten Paaren, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, war es gesetzlich bisher nicht möglich, Stiefkinder des*der Partners*in zu adoptieren. Das BVerfG sieht das nun anders. Diese Regelung verstoße gegen das Grundrecht der Kinder auf Gleichbehandlung.

Jede Familie stehe unter einem besonderen Schutz – auch die Stiefkind-Familie. Es sei für die persönliche Entwicklung eines Kindes wichtig, auch adoptiert werden zu können. Eine Benachteiligung der Kin-



Foto: Agneta Becker

der bei der Adoption, nur weil die Eltern nicht verheiratet sind, sei nicht gerechtfertigt. Die nichteheliche Familie habe in den vergangenen Jahren neben der ehelichen Familie immer mehr an Bedeutung gewonnen. Eine mit dem Verbot verbundene Ungleichbehandlung sei jedoch nur unter bestimmten, konkreten Voraussetzungen verfassungsrechtlich zu rechtfertigen.

Im Falle eines Mannes, der die Kinder seiner Lebensgefährtin adoptieren wollte, sah der Bundesgerichtshof vor zwei Jahren die Lage noch anders. Der Bundestag muss nun das Gesetz bis zum 31. März 2020 ändern.

Bundesverfassungsgericht vom 26.03.2019 – Az. 1 BvR 673/17

HFR! Rümpelfix
Second Hand
**Möbel, Antiquitäten,
 Bücher, Haushaltswaren,
 Rares und Skuriles**
 Bei uns
 ist immer
 Flohmarkt!
 Bremer Str. 42 · Münster · Tel 609460
 info@ruempelfix.de · Mo–Fr 10–18 · Sa 10–16

Angst vor'm Amt?
Nicht mit'uns!
Ämterbegleitung im Malta
 Tel. 0251/4140553



Alles umsonst,
aber nicht vergebens

Kultur in Münster

Eintritt frei

Kulturtermine für Sommer bis Herbst 2019

Musik

- **Blackbox**, Achtermannstraße 12, 49143 Münster; Eintritt frei

Afrosession – Refugees Welcome im Cuba Nova; Eintritt frei

Do 11.07. / 12.09. / 13.06. / 11.07., 20 Uhr,

Impro-Treff für Improvisationsmusiker, Infos unter Telefon (0151) 20 01 70 02

Do 04.07. / 05.09., 20 Uhr

Offene Hörspielwerkstatt So 08.08., 14 Uhr

- **Treibgut Songwriter finest 2019**, ab 18 Uhr, Eintritt frei

Pavillon im Schlossgarten: 15.06., 06.07., 10.08., 31.08.

Boot vor dem Hot Jazz Club, Hafengeweg: 19.07., 20.07.

- **Hot Jazz Club**, Hafengeweg 26B, 48155 Münster; Eintritt frei

Mo 08.07., 21 Uhr Monday Night Session: Baronski & Friends, Hip Hop, Funk & Jazz

So 14.07., 15 Uhr Smokey Music mit Ronald Lechtenberg, Jazz, Blues und Pop

Mo 15.07., 21 Uhr Monday Night

Session: Manfred Wex & Band, Jazz

Do 18.07., 21 Uhr Das Jazz-gebläse, Big Band Jazz

So 21.07., 15 Uhr After Church Club: Duo M, Jazz

Mo 22.07., 21 Uhr Monday Night Session: Snakatak, Funk & Fusion

So 28.07., 15 Uhr After Church Club: Aaron Schrade & Friends, Jazz

Mo 29.07., 20 Uhr Manfred Wex Quartett – Sunset Music, Jazz

So 04.08., 15 Uhr After Church Club: Smokey Music mit Ronald Lechtenberg

Mo 05.08., 21 Uhr Monday Night Session: Phil Wood Trio, Groove Music

So 11.08., 15 Uhr After Church Club: Ulli Stemmeler Band, Jazz

Mo 12.08., 20 Uhr JaB – Jazz and Blues – Sunset Music Swing, Latin und Blues

So 18.08., 15 Uhr After Church Club: Couscous, Vocal-Jazz & Acoustic-Soul

Mo 19.08., 21 Uhr Monday Night Session: Manfred Wex & Band, Jazz

So 25.08., 15 Uhr After Church Club: Jazz Café mit Manfred Wex, Jazz

Mo 26.08., 21 Uhr Monday Night Session: Phil Seeboth & Friends, Blues & Rock

So 01.09., 15 Uhr After Church Club: Hardbop Corporation, Jazz & Latin

So 08.09., 15 Uhr After Church Club: Smokey Music mit Ronald Lechtenberg

So 15.09., 15 Uhr After Church Club: Phil Wood Trio, Groove Jazz

Mi 18.09., 21 Uhr Das Jazz-gebläse, Big Band Jazz

- **Musikschule Münster**, Himmelreich-allee 50; Eintritt frei

So 07.07., 11.00 Uhr Windklänge – Matinee, Junges Westfälisches Bläserensemble und Klezmerensemble Nigun, Mozart-Foyer

So 07.07., 15 Uhr Streichorchesterkonzert, Rathausfestsaal, Prinzpalmarkt

Do 11.07., 10 Uhr JeKits-Konzert der Marienschule Hilstrup, Marienschule Hilstrup, Loddenweg 12

Veranstaltungskalender Sommer/Herbst 2019 der Stadt Münster

Skatersnight, Schlossplatz, jeden ersten und dritten Freitag von Juli bis September

• Juli:

05.07. - 07.07. AaSeerenaden

06.07. Grünflächenunterhaltung, Promenade

06.07. Südviertelfest im Südpark

12.07. - 13.07. Nachtflohmarkt auf der Promenade am Schloss

14.07. Sparda Münster, City Triathlon, Innenstadt, Hafen

18.07. - 22.07. Sommersend, Schlossplatz

21.07. Westfälischer Töpfermarkt, Mühlenhof, Freilichtmuseum

26.07. - 27.07. Schloss Classix

• August:

02.08. - 04.08. Münster Weinfest, Überwasserkirchplatz

03.08. - 04.08. Hammer-Straße-Fest

09.08. - 31.08. Sommernachtskino, Schlossplatz

10.08. Kunsthandwerkermarkt, Rathausinnenhof

16.08. - 18.08. Münster Mittendrin, Stadtfest, Innenstadt

17.08. Flohmarkt auf der Promenade am Schloss

23.08. Soundseeing Klangkunstfestival, Rathausinnenhof

23.08. - 24.08. Hiltruper Weinfest, Hilstrup

23.08. - 25.08. Montgolfiade, Aasee-Wiesen

24.08. - 25.08. Kreuzviertelfest, rund um die Kreuzkirche

31.08. - 01.09. Der West-Östliche Diwan (Musiker, Gaukler, Wahrsager, Köche), Domplatz

• September:

01.09. Wilsberg-Promi-Kellnern, Aaseeterrassen

01.09. Familienumweltfest (NABU), Hof Lütke Jüdefeld, Gasselstiege

05.09. - 07.09. Schauraum – das Fest der Museen und Galerien, Innenstadt

07.09. NieberDing-Straßenfest, Festwiese Nieberdingstraße

08.09. Volksbank-Münster-Marathon, Innenstadt und Umland

08.09. Tag des offenen Denkmals, viele Orte im Stadtgebiet

15.09. Bürgerbrunch, Promenade vor dem Schloß

21.09. Flohmarkt, Promenade

26.09. Münster Vocal Festival, internationale Nacht der Chöre, Innenstadt

28.09. Interkulturelles Fest des Integrationsrates der Stadt Münster, Vorplatz Stadthaus 1 und Rathausinnenhof

28.- 29.09. GrAnge-Fest, Yorkkaserne, Gremmendorf

29.09. Handorfer Herbst, Handorf

• Oktober:

03.10. Sparkassen Münsterland-Giro, Radrennen, Innenstadt und Kreise

12.10. Historienspiel zum Westfälischen Frieden, Rathausinnenhof

26.10. - 03.11. Herbstsend, Schloßplatz

Fr 12.07., 17 Uhr „Ab in die Ferien“ Open-Air-Konzert mit kulinarischem Ausklang Crazy Winds & Friends, BRASSISSIMO

Do 05.09. - 07.09. Schauraum - Roter Platz Dozentenensembles und Gäste des Fachbereichs Jazz- und Populärmusik, Open Air am Rathausinnhof

Fr 13.09. 19 Uhr Dozentenkonzert zu „100 Jahre Musikschule“, Ev. Friedenskirche, Zum Erlenbusch
Sa 14.09. 20 Uhr Ensemble Viento, Festsaal Rathaus

So 22.09., 15 / 17 Uhr Open Air im Südpark, JEKISS-Chöre stellen beim „Weltkindertag“ ihre Lieblings-Ohrwürmer vor, Südpark

- **Musikhochschule Münster**, Ludgeriplatz 1, 48151 Münster Eintritt frei

So 07.07., 17 Uhr Akkolade, Akkordeon im Konzert, Konzertsaal der Musikhochschule

Mo 08.07., 19.30 Uhr Last Night of the Singers, Konzertsaal der Musikhochschule

Di 09.07., 19.30 Uhr MS Pop, aktuellen Solo- und Pop-Combo-Projekte, Sputnik Café, Am Hawerkamp 31

Do 11.07., 19.30 Uhr Von Benny Goodman bis Esperanza Spalding, Konzertsaal

Sa 13.07., 19.30 Uhr Trombonanza, Konzertsaal

Mo 15.07., 19.30 Uhr Clarinette á la Carte, Konzertsaal

So 21.07., 17 Uhr Aterraquartett, Konzertsaal

Do 01.08., 19.30 Uhr Concierto-Abend, Konzertsaal

Fr 06.09., 19.30 Uhr Gastkonzert „Splash

Percussion NRW, Konzertsaal

Fr 13.09., 19.30 Uhr Gastkonzert Hörzu, Konzertsaal

Fr 20.09. - So 22.09.

Jugend musiziert 2019, Konzertsaal

Do 26.09., 20 Uhr Münster Vocal Festival, internationale Nacht der Chöre, Münsteraner Innenstadt

Fr 27.09., 20 Uhr Münster Vocal Festival, Eröffnungskonzert, Aula am Aasee

Sa 28.09., 20 Uhr Münster Vocal Festival, Galakonzert, Aula am Aasee

Weitere kostenlose Konzerte: <https://www.uni-muenster.de/Musikhochschule/veranstaltungen.shtml>

• **Regelmäßig:**

Irish Folk Session erster Sonntag im Monat, 19 Uhr, Frauenstraße 24; Eintritt frei

Tanz

- **Hot Jazz Club**, Hafengeweg 26B, 48155 Münster Eintritt frei

Mi 10.07., 11.09.; 21 Uhr Latin & Salsa Jam mit Grupo Vacila, Latin & Salsa

Mi 24.07., 28.08., 25.09., 23.10.; 21 Uhr Latin & Salsa Party mit DJ Juan Pa, Latin & Salsa

- **Heaven**, Am Hawerkamp 29A: Blow Jeden Freitag, Eintritt frei

Theater

- **SpecOps**, Von-Vincke Straße 5-7; Eintritt frei

Treibgut-Festival im Schlossgarten
Foto: Peter Andres



Sa 13.07. Improbattelle: Westfalenfehde – mit Improvisorisch (Münster) und Improsant (Paderborn)

Dritter Donnerstag im Monat um 20 Uhr GlutamaT – Improtheater

Museen und Ausstellungen

- **LWL-Museum für Kunst und Kultur**, Domplatz 10, 48143 Münster

Ausstellung: Sean Scully. Vita Duplex bis 08.09.

Ausstellung: Hülle und Kern. Multiples von Joseph Beuys, bis 29.09.

Langer Freitag, jeder zweite Freitag im Monat, 10 - 24 Uhr, Eintritt frei

- **Landeshaus des LWL**, Freiherr-vom-Stein-Platz 1, Münster

viaprinto

Meine Art zu drucken.

individuell | komfortabel | begeistert

individuell
Überragende Lösungen in der persönlichen Beratung

komfortabel
Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben

begeistert
In Qualität, Lieferung und Freundlichkeit

Jetzt online drucken: www.viaprinto.de

KAMP FLIMMERN

Open Air Kino am Hawerkamp
Den ganzen Sommer lang
Jeden Donnerstag

Kartenverkauf online und im Cinema, Warendorfer Straße 45, ab 5,90 €. Abendkasse 7,50 €. Einlass 20:00 Uhr. Grillgut mitbringen: Wir stellen Grill, Teller und Saucen, Getränke günstig vor Ort. Weitere Infos unter www.kampflimmers.de

27. JUNI	WILDS HERZ	FSK 12
4. JULI	SONNENALLEE	FSK 6
11. JULI	JANA DE VARD (OHIO-PREMIERE)	FSK 6
18. JULI	GEGEN DEN STROM	FSK 6
25. JULI	HIGH FIDELITY	FSK 12
1. AUGUST	NOT	FSK 12
8. AUGUST	CAPERNIAUM – STADT DER PROFIRUNG	FSK 12
15. AUGUST	BLACKBALKANSKIAN	FSK 12
22. AUGUST	GOOD WILL HUNTING	FSK 12
29. AUGUST	THE DEAD DON'T DIE	FSK 12
5. SEPTEMBER	PUBLIKUMSWISSENSCHAFT	

Filmbeginn: ab ca. ■ 22:15 ■ 22:00
■ 21:30 ■ 21:00

OCINEMA
hawerkamp

IMPRESSUM

SOMMER 2019

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres (pan)
 Norbert Attermeyer (noa)
 Erik Dahmen
 Jan Große Nobis (jgn)
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.)
 Daniel Krull (dk)
 Christoph Theligmann (ct)
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Heinz Annas, William Kaßel,
 Gastbeiträge: Torsten Bewernitz,
 Maike Grabowski

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

Fotos

Agneta Becker, pixabay.com

Online

www.sperre-online.de
 Peter Andres, Erik Dahmen,
 Jan Große Nobis, William Kaßel
 Christoph Theligmann

Anzeigen/Spenden

Peter Andres, Maria Hamers

Bankverbindung:

Bankverbindung:
 Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Ausgestellern im Innenstadtgebiet Münsters

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht
 unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge
 liegt bei den Autorinnen und Autoren.
 Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise
 Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
 Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
 Wir freuen uns über jede Zuschrift.
 Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

17.09.2019

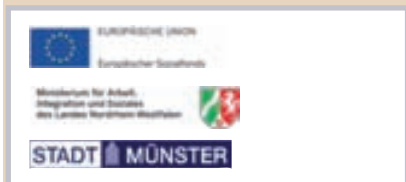
Redaktionsschluss

06.08.019

Anzeigenschluss

20.08.2019

Mit finanzieller Unterstützung von:



**Ausstellung „Unteilbares
 Deutschland“** im Licht-
 hof des Landeshauses

- **Naturkundemuseum / Planeta-
 rium**, Sentruper Straße 285,
 48161 Münster

**Das Gehirn – Intelligenz,
 Bewusstsein, Gefühl –**
 Sonderausstellung bis
 27.10.2019

50 Jahre Mondlandung –
 Bilderausstellung bis 27.10.2019

**Dinosaurier – Die Urzeit
 lebt!** Dauerausstellung
 Eintritt: Erwachsene 7,50
 Euro, ermäßigt 4 Euro, Kin-
 der bis 18 Jahre frei

Werkstattnachmittage für Erwachsene mit
 Kindern ab sechs bzw. acht Jahre jedem
 ersten Samstag im Monat, Kosten: 6 Euro
 für Kinder bzw. 8 Euro für Erwachsene

- **Stadtmuseum Münster**, Salzstraße 28,
 48143 Münster

Vor 50 Jahren – Münster 1969,
 bis 24.11.2019

**Der Kanzler kommt! Deutsche Bun-
 deskanzler in Münster zwischen
 1949 und 1990**, bis 08.09.2019

**Aufbruch! Die Anfänge der Homosexuellen-
 Bewegung in Münster**, bis 08.09.2019

**Alles auf Leeze! – Fahrradstadt
 Münster** 19.02. bis 08.09.2019

- **Kunsthau Kannen**, Alexianerweg 9, 48163
 Münster

Ausstellungen:
**„Alles aus Erde, Lehm und
 Ton“** bis 29.09.2019

**„Papier lernt fliegen – Unart e.V., ein
 Kunstprojekt aus Essen“**, bis 22.09.2019

Leezen

- **Fahrradversteigerungen in der
 Fundfahrradstation**
 Industrieweg 75, 48155 Münster
 Beginn ist 09:00 Uhr.
 Versteigert werden zunächst allgemeine
 Fundsachen, anschließend die Fahrräder
 12.07.2019 (nur Fahrräder) / 27.09. / 13.12.
 Näheres unter www.stadt-muenster.de
- **Fietzenbörse**
 Hafestraße 62, 48153 Münster
 13.07. / 10.08. / 14.09. / 19.10. / 09.11.
 Näheres unter www.fietzenboerse.de/
 fahrradmarkt/muenster

Natur

- **Biologische Station Rieselfelder Münster
 e.V.**, Coermühle 181, 48157 Münster
Öffentliche kostenlose Führung:
 13.07., 14 - 16 Uhr, Biologische Station
 Weitere zahlreiche Führungen zu den
 verschiedensten Naturthemen für
 Erwachsene und Kinder für geringe
 Kosten: Informationen telefonisch:
 0251 161760 oder im Internet:
<http://wp.biostation-muenster.org/veranstaltungen>
- **NABU Münster**, Zumsandestraße 15,
 48145 Münster, kostenfrei oder Spende



Langer Freitag im LWL-Museum für Kunst und Kultur
 (jeder zweite Freitag im Monat freier Eintritt) - Foto: Peter Andres

Fr 12.07. 17:30 – 19.30 Uhr

Natur für alle, Treffpunkt: Haus
 Heidhorn, Münster-Hiltrup

Sa, 13.07. 20:45 – 22.45 Uhr

Die Welt der Fledermäuse, Treff-
 punkt: Tiergarten, Parkplatz (Alverskir-
 chener Straße), Münster-Wolbeck

So, 18.08. 20.30 Uhr

**Führung zum Thema Fledermäu-
 se auf Lauheide**, Feierhalle Sa,
 24.08. 14:30 - 17 Uhr

Picknick in der Heide, Treffpunkt:
 Bockholter Berge, Parkplatz Gun-
 truper Berge, Greven-Gimbte

Fr, 30.08. 16.30 - 19 Uhr,

**Heidewanderung durch die Kla-
 tenberge**, Treffpunkt: Heidehotel
 Waldhütte, Parkplatz, Telgte

So, 01.09. 11 - 18 Uhr

13. Münsteraner Familien-Umweltfest,
 Treffpunkt: Naturlandhof lütke Jü-
 defeld, Gasselstiege, Münster

Informationen zu den Veranstaltungen
 und zu weiteren kostenlosen und kosten-
 pflichtigen Veranstaltungen des NABU;
 Telefon: (0251) 13 60 07 oder im Internet:
<https://www.nabu-muenster.de/termine/>

Verschiedenes

- **Stadtbücherei**, Alter Stein-
 weg 11, 48143 Münster
Virtual Reality erleben (12 bis 99 Jahre)
 ohne Anmeldung, dienstags 15 - 17 Uhr,
 Weitere Veranstaltungen für Erwachsene,
 Kinder und Jugendliche:
 Infos: <https://www.stadt-muenster.de/buecherei/startseite.html>
- **VHS**, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster
 20.09. 17 Uhr **Lange Nacht der Volks-
 hochschulen**: Vorträge, Performances,
 Lesungen, Pop- und Rocksound, in-
 terkulturelle Angebote u.v.m.
- **Specops**, Von-Vincke-Straße 5,
 48143 Münster
 30.06. Kleidertauschbörse
 06.07. „Blue One – deep tonic“
 16.07. „Sit back and recline“
 21.07. Vegan Brunch
 30.09. Ein Abend in Moll – Ferdinand Führer
 und Roland von Oystern erzählen von ihrem
 Kontostand
 10.10. „15 Songs – Das Musikquiz“



Carmen Ludwig / Hendrik Simon /
Alexander Wagner (Hrsg.)
**Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte
Solidarität?**
Bedingungen und Strategien
gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen
Kapitalismus
2019 – 257 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-275-6

Widersprüche ★ 152

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Trauma in Zeiten globaler Selbstoptimierung

Heidi Schulze & Michael May
(Wie) Können Traumatisierte
sprechen? Eine dialogische
Suchbewegung

Roland Anhorn
Trauma, Traumatisierung,
Posttraumatische Belastungsstörung:
Vom (gescheiterten) Versuch einer
emanzipatorischen Politisierung von
sozialen Konflikten ...

Marcus Balzereit
Trauma-Politiken-Invers. Alternativen
der Bearbeitung menschlichen Elends
und dessen psychische Folgen, in der
Perspektive kritischer internationaler
Hilfs- und Menschenrechtsarbeit

Julia Manek
Trauma, Terror, Territorium –
Interdisziplinäre Überlegungen zum
kritischen Potential von
Trauma-Konzepten

Ariane Brensell
Das Forschungsprojekt „Kontextua-
lisierte Traumaarbeit“. Schlaglichter
einer partizipativen Forschung

Eva Georg
Ambivalenzen eines hegemonialen
Traumadiskurses im Kontext
Beratung und Soziale Arbeit
Zwischen Einspruch und Anspruch

Forum

Felix Busch-Geertsema
Eine ausgebrannte Feuerwehr kann
keine Brände löschen: Selbstüber-
lastung in der Flüchtlingssozialarbeit

AKS Aachen
Einladung zum überregionalen
Treffen der Arbeitskreise Kritische
Soziale Arbeit

2019 – 142 Seiten – 15,00 € – ISBN 978-3-89691-022-6

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE



Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

PRAKTIKUMSPLATZ

**Wir vom AbM e.V. (Arbeitslose brauchen Medien e.V.) bieten Praktikumsplätze
im MALTA (Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße) an für:**

- Studierende, die für den Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule (FH) oder Katholischen Hochschule (KathO) in Münster ihr Vorpraktikum absolvieren müssen
- Studierende, die den Studiengang Erziehungswissenschaft (1-Fach-Bachelor, 2-Fach-Bachelor, Master) an der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) in Münster studieren und in der Zeit ihres Studiums ihr Pflichtpraktikum absolvieren müssen
- Allgemein Menschen, die sich für das Berufsfeld der Arbeitslosenberatung interessieren und einen ersten Eindruck von diesem spannenden, aber auch anspruchsvollen Berufszweig erhalten möchten

Bei Interesse: Kurzbewerbung entweder per E-Mail (bevorzugt), per Telefon oder auf dem Postweg an die unten angegebene Adresse. Dabei kann auf teure und aufwendige Bewerbungsmappen verzichtet werden.

-----Arbeitslose brauchen Medien e.V.-----

Berliner Platz 8
☎ 0251 511121
www.abm-ev.de
www.sperre-online.de

48143 Münster
sperre@muenster.de
www.maltanetz.de
www.münster-fast-umsonst.de



DIE LINKE.

Ratsfraktion Münster

Die Linke und SPD haben in Kooperation mit der Initiative „Seebrücke“ in der Ratssitzung vom 22. Mai 19 einen Antrag eingebracht, um Münster zum „sicheren Hafen“ zu machen und geflüchtete Menschen, die aus dem Mittelmeer gerettet werden, in Münster zusätzlich aufzunehmen.

Die Mehrheit der Bürger*innen, zahlreiche Organisationen und Vereine, sowie die katholische und evangelische Kirche unterstützen die Anliegen der Seebrücke Münster.

CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD haben jedoch gegen die Humanität gestimmt und den Antrag abgelehnt.